

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Abteilung, Neue Wache 20/21,
am Hauptpostamt zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.90,
bei Leine Post am Orte M. 2.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Bestellt für die nächsten
Zeitraum über einen Monat
25 Pfennige,
3 Monate 70 Pfennige,
6 Monate 1.20 Pfennige,
12 Monate 2.20 Pfennige.
Ausdrückliche Anweisung
Anteilnahme für die nächsten
Monate bis zum 1. März bei
Abgabe zu geben.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 152.

Breslau, Sonnabend, den 2. Juli 1910.

21. Jahrgang.

Das Ministerium gegen die Demokratie.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:
Das Ministerium Bethmann-Hollweg ist ein Mini-
sterium gegen jede wirkliche Wahlreform, und sein politi-
sches Programm ist die Sammlung aller reaktionären Ele-
mente zum Verteidigungskampfe gegen die demokratischen
Forderungen des preussischen und des deutschen Volkes.

Alle Faktoren des Staates und der Gesellschaft, die
an der Abwehr demokratischer Ansprüche interessiert sind,
sollen in eine gemeinsame Kampfstellung gebracht werden.

Da ist zunächst der Kaiser, der das persönliche Re-
giment gegen den Parlamentarismus verteidigt und in der
gegenwärtigen feindlichstärken Verfassung des Militär-
wesens die stärkste Stütze der monarchischen Autorität er-
scheint.

Dann kommen die Junker, die im preussischen
Landtage, dank dem Dreiklassenwahlrecht, eine fast un-
beschränkte Herrschaft üben und nahezu alle besseren Stellen
in Heer und Verwaltung innehaben. Dank dieser preußi-
schen Machtstellung sind sie imstande, auch die Reichsgesetz-
gebung im Sinne ihrer materiellen Interessen zu beein-
flussen und darum sehen auch sie in den Forderungen der
Demokratie eine fürchterliche Gefahr für ihre überkommenen
Vorrechte und selbst ihre materielle Existenz.

Ihnen folgen die Herren von der hohen Geist-
lichkeit und ihr nächster Anhang, denen der Ruf nach
der Trennung von Staat und Kirche, nach dem zeitigen
Vollständigen Volksschulunterricht unangenehm in den Ohren klingt,
sie sehnen sich nach der guten alten Zeit zurück, in der die
Kirche im Bunde mit der staatlichen Obrigkeit das ganze
Volk beherrschen konnte.

Mit diesen drei Faktoren: Monarchie, Adel, Geistlich-
keit, sind aber die Kräfte der antidemokratischen Sammlung
noch lange nicht erschöpft. Denn zu ihnen gehören ja noch
die Großunternehmer, die „Herren im Hause“,
die sehr wohl wissen, daß jedes Mehr an demokratischen
Einrichtungen dank der fortschreitenden Ausfaltung der
Masse auch ein Mehr an Arbeitergehalt, Koalitionsrecht,
Gleichberechtigung im Arbeitsvertrage mit sich bringen muß
und die sich daher im Kampfe gegen die Demokratie und
Kaiserthum, Junkertum und Kirche völlig solidarisieren.
Herrn Bethmann-Hollwegs politisches Lebensziel ist es,
auch diese Interessenten der antidemokratischen Phalanx mit
den übrigen zu einer geschlossenen Phalanx zu vereinen.

Es ist darum ganz richtig, wenn man sagt, daß Herr
Bethmann-Hollweg kein Kanzler des schwarzen
Blacks ist und keiner sein will. Er ist der Kanzler
der Junker und der Kanzler der Alerikalen, aber gegen
das Zentrum als Partei hat er schon ein gewisses Miß-
trauen, weil es immerhin ein paar Elemente enthält,
die nicht ganz so reaktionär sind, wie ein durchschnittlicher An-
hänger des Herrn v. Seydewitz oder des Freiherrn von
Zedlitz. Wollte Herr Bethmann-Hollweg nicht ganz be-
stimmt, daß die Forderung des Reichstagswahlrechts für
Preußen, die das Zentrum noch immer in seinem Pro-
gramm stehen hat, bloßer Schein ist, er könnte mit dem
Zentrum nicht einen Tag unter einer Decke leben. Weil
ihm aber sogar das Zentrum, trotz seines reaktionären Ver-
haltens der letzten Jahre, immer noch eine so gemischte
Gesellschaft ist, der er nicht traut, darum geht sein ganzes
Sinnen und Trachten danach, auf dem Wege über die
großen Unternehmer auch die nationalliberalen
Partei für seine Pläne zu gewinnen.

Der jetzige Reichskanzler ist, wie man nicht vergessen
darf, ein alter Freikonservativer, der vor Jah-
ren auch kurze Zeit der Reichspartei des deutschen Reich-
tages als Abgeordneter angehört hat; die Freikonservative
oder Reichspartei, die Gruppe der Sackfeld, Trendel, Camp,
Zedlitz, ist diejenige Partei, die sich die Vereinnahmung länd-
licher und städtischer Grundbesitzer- und Unternehmerinter-
essen zur gemeinsamen politischen Aktion zum Ziel gesetzt
hat. Ein richtiger Freikonservativer ist um kein Haar von
einem wackelnden Junker zu unterscheiden, er kann aber
auch ohne weiteres mit einem Nationalliberalen vom
Schlage der Hilger, Beumer, Volk, Hirsch-Essen, Kölling
usw. verwechselt werden. Als alter Freikonservativer spe-
kuliert also Herr Bethmann immer noch auf die Wieder-
herstellung des alten nationalliberal-konservativen Kartells
— unter Einbeziehung des Zentrums.

Das politische Interesse konzentriert sich daher auf die
Galtung der beiden Mittelparteien, denen die Ehre zu-
gedacht ist, gemeinsam als Vorposten des reaktionären
Kriegswagens zu dienen. Augenblicklich überwiegt noch
im Zentrum das regierungstreuere, in der nationallibe-
ralen Partei das oppositionelle Element, doch muß man
auf einen Wechsel der Galtung namentlich bei den Natio-
nalliberalen jeden Tag gefaßt sein.

Der Kampf um die Demokratisierung Deutschlands tobt
nicht bloß zwischen den Parteien, sondern auch in den
Parteien. Konsequente offene Gegner der Demokratie
sind nur die Konservativen, Konsequente offene Anhänger,
wenn man von der kleinen Gruppe Breitscheid-Verlag ab-
sieht, nur die Sozialdemokraten. Weder der Fortschritt,

noch der Nationalliberalismus, noch das Zentrum aber sind
in der großen Schicksalsfrage des deutschen Volkes zu einer
klaren, offenen, jedermann verständlichen Entschlei-
dung gekommen. Entsprechend der sozialen Struktur ihrer
Anhängerschaft, von der ein Teil, der beständige, hinter der
Demokratie die Gefahr des Sozialismus heraufkommen
sieht, während der andere Teil, selber beständig, keine Ent-
scheidung zu fürchten hat, scheinen diese Mittelparteien bald
der Demokratie Konzessionen machen zu wollen, bald finden
sie sich wieder mit dem Junkertum zusammen, um offen
oder verdeckt den Kampf gegen den demokratischen Fort-
schritt aufzunehmen.

Das Zentrum hat sich in den letzten Jahren so
aufgeführt, daß der Reichskanzler mit ihm reichlich zu-
frieden sein kann. Mit dem Fortschritt ist dagegen vor-
ausichtlich zunächst — wenigstens bis zu den gesuchten
Reichstagswahlen — für Herrn Bethmann nichts anzu-
fangen. Die Nationalliberalen aber sollen durch Um-
schmeichelei ihres scharfmacherischen rechten Flügels für
die Politik der antidemokratischen Sammlung gewonnen
werden.

Darum der Antrag Schorlemer und die darauffolgende
Beförderung seines Urhebers! Darum auch die wunder-
bare Erhöhung des Magdeburger Lenke!

Wie wenig lenkig es unter diesem Manne übrigens
zugehen wird, kann man auch aus den Neuforderungen ent-
nehmen, die aus seinem bisherigen Wirkungsort, aus
Magdeburg, in die weitere Öffentlichkeit dringen.
Da ergänzt das Berliner Oberbürgermeisterblatt, die „Voss-
Zeitung“, ihre geistig wiedergegebenen Neuforderungen noch in
folgenden Zuschriften über Lenke:

„Er hat in den Magdeburger Stadtverordnetenversammlungen
mancherlei Ansichten entwickelt, die eher die eines Kon-
servativen waren, so z. B. als er sich gegen das
Koalitionsrecht der Beamten ausdrückte. Gegen den Kurs, wie
ihn Herr v. Bethmann-Hollweg vorschreibt, wird er sich kaum
sträuben; denn er ist ziemlich anpassungsfähig.
Er hat eine glänzende Karriere gemacht, wohl nicht nur wegen
seiner Tüchtigkeit als Verwaltungsbeamter, sondern wohl auch,
weil er nie nach oben hin opponierte. In Magde-
burg hat er stets das ihm bei der Einführung vom Reichstags-
Präsidenten empfohlene Programm durchgeführt. Eigene
Initiative oder Weitblick besitzt er nicht. Er
ist der Typus eines altpreussischen Beamten mit dessen Pflicht-
gefühl und tadelloser Lebensführung und Fleiß, wie die
Achtung der öffentlichen Meinung und Abneigung
gegen freiwirtschaftliche Regungen. Im Gegensatz zu seinem Amtsvo-
orgänger in Magdeburg schloß er sich ab. Es war schwer, bei ihm
vorgehen zu werden, nicht nur für Journalisten, sondern auch
für die Bürger. Das verdrüßte in Magdeburg nicht ange-
nehm, weil kein Vorgänger jedermann Rede und Antwort ge-
standen hatte.“

Genau mit diesem freimüthigen Urteile stimmt es über-
ein, was unser Magdeburger Parteiorgan „Die Volks-
stimme“ hervorhebt, die ihn als einen „Probekandidaten“ auf
dem Ministerstuhle ansieht. Sie schreibt:

„Er wird in dem Bethmannschen Konzentrationministerium
der Negation eine geistige Figur abgeben. Als Probekandidat
wird er in jedem Betracht die Meinung des einflussreichen Kolle-
giums teilen und darüber hinaus sich durch ein potenziert re-
aktionäres Benehmen das Vertrauen der konservativen
Kleinadeln zu erwerben suchen. Ein konservati-
ver wird nie so konservativ werden können wie
ein sogenannter Liberaler, der in ein preussisches Ministerium
berufen wird.“

Er wird schwarzer als schwarz und blauer als blau wer-
den, aber die populäre Sicherheit wird er sich dadurch be-
halten, daß die Junker nicht eringen. Je schroffer er auftritt, je re-
aktionärer er sich äußert, um so mehr wird ihm
Vertrauen werden. Sie sind gewohnt, im Konferenzzimmer zu
sitzen und zu entscheiden; sie lassen sich den neuen Probekandi-
daten aus dem Ausland gefallen, so lange er ihr Schulsystem
vertritt. Aber er darf nicht beanspruchen, im inneren Hufe des
Kollektivs eine Stimme zu haben.“

„Es hat daher nicht den geringsten Wert, die etwaigen politischen
Ansichten Lenkes zu untersuchen. Selbst wenn er bis jetzt
einige besessen hätte, würde er sie sofort verlieren, sowie die erste
Ergänzung an sein Ohr klingt. Man war ein ausgesprochener
Parteilager, er hatte eine reiche politische Vergangenheit und
er warf ohne Bedenken all diesen Ballast über Bord, um sein
ministerielles Boot über Wasser zu halten. Lenke hat viel
weniger Mühe damit, weil der Laderaum viel weniger birgt.
Er wird viel früher fertig werden, und nicht erst nach Jahren,
sondern vom ersten Tage an den Junkern als gehorsamer
Probekandidat zur Verfügung stehen. Kurzelt daher mit Rhein-
baben der besondere Vertrauensmann der Konservativen, so rückt
mit Lenke ein Nachfolger heran, der ihnen noch weit nützlicher
werden wird. Er wird mit besonderer Eile und beson-
derem Nachdruck konservativ Politik tre-
iben und er wird außerdem als Aushängeschild benutzt werden,
um andere blühende Parteilager in die antidemokratische Kon-
zentration hineinzuziehen. Die scharfmacherische Freikonservative
„Voss“ verlangt schon heute Morgen, daß die Nationalliberalen
schleunigst alle Verärgerung gegen Bethmann fallen lassen und
sich sofort in die Reihe der Regierung als getreue Köpfe des Junker-
tums zurückziehen.“

Nun ist aber im Falle Lenke die politische Frage weit
weniger wichtige. Unser Probekandidat wird vornehmlich sach-
männliches Können zu erweisen haben. Und da liegen
im ministeriellen Strombett zu ruhenden die Felsblöcke, an
denen sein Schifflein kentern wird.

Der neue preussische Finanzminister hat die Aufgabe, neue
Wege zu finden, um die preussische Steuererhebung zu ver-
mindern, Antemalen die Mißwirtschaft der Beamten zu ver-
bessern, die Finanzverwaltung, dem bisherigen Magdeburger Ober-
bürgermeister finanziell technische Schöpferkraft nach-
zugeben. Nicht einmal die Vertrauensleute seiner Vertrauten
wagten diesen Sprung ins Dunkle. Sie stimmen vielmehr in der
Anschauung vom Gegenteil überein. Keiner von ihnen hat an
August Lenke eine Mißwirtschaft Aber entdeckt; jeder von ihnen

schleift daher den Kopf und wispert in Freundesohren, daß
ihnen diese Berufung ganz unerklärlich sei.“

Wie ist denn Bethmann auf Lenke aufmerksam ge-
worden? Seine Mitgliedschaft in der berühmten Verwal-
tungskommission wird das erste Anschlußgelenk gelegt haben.
Die letzten Schwellen hat dann das Duell Swinner-Rhein-
baben im Herrenhause geliefert. Der Direktor der Deut-
schen Bank behauptete und bewies, daß die preussische
Finanzverwaltung — kaufmännisch gesprochen — auf der
Höhe der Milchmädchenrechnung steht. Rheinbaben stam-
melte einige zusammenhanglose Worte der Verteilung
und Lenke sprang ihm bei. Er sagte inhaltlich genau so
viel, wie sein Schützling, nämlich nichts, aber er machte
mehr Worte, um das Nichts zu verbergen. Und er be-
tonte, ein Heilmittel gegen den weiteren Sturz der preu-
sischen Anleihen zu besitzen, ein Heilmittel, das ungefähr
so viel nützt, wie Kamillentee bei einem Weindruck.

Indessen, August Lenke war governementaler gewesen
als die Gouvernementsaler, und dieser eifertige Mißliebte
des Nichts-als-Bureaucraten hat ihm die Berufung zum
Nachfolger des Verteilten eingetragen.

Politische Uebersicht.

Die rote Flut. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“
bringt in Nr. 25 wieder einmal einen Stoßkeuzer über die
Fortschritte der sozialdemokratischen Be-
wegung; das Blatt stützt sich dabei auf den Bericht des
„Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona“ vom Jahre 1909,
aus dem folgendes zitiert wird:

„Ganz unzweifelhaft hat die Gefährlichkeit der sozialdemo-
kratischen Bewegung unter der Falschheit, daß die wirtschafts-
politischen Aktionen des Marxismus selbst bei der blindgläubigen
Gefolgschaft der Herren Vebel und Singer mehr und mehr
an Kurzwert verlieren, nicht die geringste Einbuße erlitten. Im
Gegenteil ist der Verlauf zum sozialdemokratischen Derrban in
denen Stufen begriffen. Hierüber ist nachstehend,
auch an anderer Stelle vom Reichsrat, die politische Ueber-
sicht in einwandfreier Weise Rechenschaft zu geben. Allein die politischen
und gewerkschaftlichen Zentralkomitees der sozialdemokratischen Ar-
beiterbewegung verfügen über eine Jahreszunahme von mehr als
50 Millionen Mark; die Jahreserträge der Zentralorganisationen
sind auch auf mehrere Millionen zu schätzen. In 56 eigenen
Druckereien läßt die Sozialdemokratie außer Millionen von Flug-
schriften etwa 200 politische und gewerkschaftliche Blätter erscheinen.
280 Werbebüros wirken in Gestalt von Arbeitersekretariaten und
Ausnahmstellen. Außer 46 Arbeiter-Abgeordneten im Reichstag
und 178 Abgeordneten in den 20 Eingeladungen läßt die Sozial-
demokratie über 8000 Parteigänger in den Vertretungen der
Stadt- und Landgemeinden. In den Wandvereinen eines einzigen
Jahres wurden 8989 Männer und 866 Frauen zur Agitation aus-
gebildet. Ueber 30.000 (1) besoldete Agitatoren stehen der Sozialdemo-
kratie in Gestalt von Angestellten der Krankenkassen und Pflegeteams der Kon-
sumvereine, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen
bis hinab zu den Vertrauensleuten in den Werkstätten zur Ver-
fügung. Hierzu kommt, daß die Sozialdemokratie neuerdings die
größten Anstrengungen macht, um auch die Landarbeiter und vor
allem den gewerblichen Nachwuchs für sich zu gewinnen. Die im
Oktober 1908 vom Parteivorstand und der Generalkommission der
Gewerkschaften Deutschlands geschaffene „Zentralfeder für die ar-
beitende Jugend Deutschlands“ hat an etwa 800 Orten Jugend-
ausstellungen gebildet, zahlreiche Jugendheime und -Büchereien er-
richtet und Hunderte von Jugendvereinen aller Art gegründet. Alle
diese Einrichtungen dienen allein dem Zweck, die sozialdemokratischen
Freiheiten mit dem Nimbus von Bildung und Wissenschaft zu aus-
statten und sie dem empfänglichen Gemüt der Jugend unansichts-
lich einzuprägen.“

Gegen diesen Strom, der zur reißenden Flut zu werden
droht, sollen nun die „Vaterländischen Arbeitervereine“ helfen.
Es wird auf die Ausführungen des preussischen Finanz-
ministers Freiherrn v. Rheinbaben Bezug genommen, der be-
kanntlich im preussischen Abgeordnetenhaus kürzlich das nicht
mehr ganz neue Argument vortrug, daß die Sozialdemo-
kratie nicht im mindesten berechtigt sei, sich als Vertreterin
der Lohnarbeiterschaft aufzuspielen, da sie trotz allem kaum
ein Drittel der gesamten deutschen Arbeiter hinter sich wisse.
Sobann wird auf das Programm des „Ausschusses zur
Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“
zu Berlin verwiesen und gesagt:

„Hier ist den Arbeitgeberverbänden sonder Zweifel Gelegen-
heit geboten, am großen Werke der Eindämmung des sozialdemo-
kratischen Einflusses erfolgreich mitzuwirken.“

Mit der Defensive, der Streikabwehr allein sei es nicht
getan, die Arbeitgeber müßten sich dazu entschließen, „real-
politisch zu denken“ und von der „tatsächlich ganz unsach-
lichen Erwägung der Maßlosigkeit Abstand nehmen, daß in
dem einen oder anderen Falle doch einmal die vaterländische
Arbeiterbewegung in Widerspruch zu unseren persönlichen
Interessen geraten könnte.“

Das Programm des oben genannten Ausschusses geht nun
dahin: Keine Ansammlung großer Vereinemittel, damit der Ver-
suchung vorgebeugt werde, nach gewerkschaftlicher Vorbild „Ver-
einendürchdringung“ zu sachlich unberechtigten Lohn-
kämpfen zu verwenden. Jede Unterhändler in belebten
Nähefällen, im übrigen soll jeder selbst seinen Mann im Kampfe
mit dem Vorne nehmen. Also das Gegenteil von Organisations-
gedanken und der Solidarität der Arbeiter. Vor allem soll
den Arbeitern gesagt werden, daß sie nicht im geringsten auf die
Sozialdemokratie angewiesen sind, wenn sie der Be-
teiligung an den Erwerbskämpfen der Kultur, der Erhaltung vom
einblühenden Tagewort bedürfen.“

Wie verjüngt muß die Stimmung in den Kreisen der
Scharfmacher sein. Sie beginnen einzusehen, daß ihr irrtüm-
liches Aufheben gegen die große Kulturbewegung zu keinem Ziele
führt. Nun wollen sie es wieder einmal auch mit der „Auf-
klärung“ versuchen. Aber alle diese Versuche müssen in ihr

Wegen der Umstände. Das erst der „vaterländische“ Arbeiter vom Haupte der Erkenntnis gefessen, dann lernt er gar bald die guten von den schlechten Früchten unterscheiden. Sollten nicht auch die christlichen Gewerkschaften einmal das „Vollwerk“ gegen die Sozialdemokratie werden? Und beginnen nicht schon die Wahlen hier und da gegen den Stachel zu wirken?

Wie es mit der „Arbeiterfreundlichkeit“ der Herrschaften steht, denen die „vaterländischen“ so am Herzen liegen, zeigen die Namen aus Schlefien:

Gymnasialdirektor Dr. Bülcher-Waldenburg, Fabrikbesitzer Djalinger-Dirschberg, Landgerichtspräsident a. D. Dr. Eberhardt-Schreibhan, Reg.-Rat a. D. Reindorf, Pächter Bleßhauer, Generaldirektor Schloss-Waldenburg, Verwalter a. D. v. Fehinckel, Fabrikbesitzer Friedrich-Waldenburg, Verwalter a. D. v. Fehinckel, Fabrikbesitzer Paul Weßner-Landesgut, v. Schenkenberg, Dr. A. Schellig, Landgerichtspräsident Bieder, Dr. A. N. Ostrow, Fabrikbesitzer Gottfried Weßner-Waldenauersdorf.

Die goldenen Zeigisbarone mit den traurigsten Arbeiterlöhnen, die schwarzen Scharfmacher aus der Bergindustrie — sie alle sind nicht geeignet, und Anhänger wegzuschneiden. Da müssen schon geeignete Leute kommen.

Nationalliberale und Reichskanzler. Vor kurzem hatte das offizielle Organ der Nationalliberalen, die „Nationalliberale Korrespondenz“ eine geharnischte Abfrage gegen v. Bethmann-Sollweg gerichtet. Eine Berliner Korrespondenz teilt jetzt aus Kreisen der rheinisch-westfälischen Großindustrie, die der nationalliberalen Partei sehr nahe stehen, mit, daß im Besten die Auslassungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ nicht gebilligt werden. Es sei auch sehr bedauerlich, daß ein Teil der Nationalliberalen diesem Kreise mit passivem Wohlwollen zusieht. Man wolle den Wahlkampf offenbar in der Opposition führen, eine Taktik, die im Westen des Reiches durchaus nicht allgemein gebilligt werde. In der Zukunft wird dann versucht, dem jetzigen Kanzler behulprippingen und die Ursache der Verstimnungen auf die Amtsführung des Fürsten Bülow zurückgeführt.

Terrorismus der Bündler. Als bei Behandlung der Wahlreform im preussischen Landtage und auch bei anderen Gelegenheiten unsere Genossen dem angeblich sozialdemokratischen Terrorismus den weit schlimmeren Terrorismus der Parteien der Rechten gegenüberstellten, da konnte die Junkertippe nicht genug in fittlicher Entrüstung machen. Trotzdem waren sie nicht in der Lage, die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner zu widerlegen; das Material war ein zu gewaltiges. Jetzt kommt aus dem Kreise Friedberg-Bündingen die Nachricht, die Mitglieder des Bundes der Landwirte in Nieberburgstadt hätten sich durch Unterschrift verpflichtet, die Gewerbetreibenden, die nicht hinfänglich gewählt haben, zu boykottieren! Da dieses Verbot aus dem dem Hansabund vorkommenden authentischen Material ergibt, in zahlreichen Teilen Deutschlands gelbt wird, so sind bereits vom Hansabund umfassende Schritte eingeleitet worden, um in geeigneter Form diesem bündlerischen Treiben auf der ganzen Linie zu begegnen.

Die soziale Schichtung in den gewerblichen Betrieben. Die Bearbeitung der gewerblichen Betriebsstatistik vom Jahre 1907 ist in einem Teile jetzt abgeschlossen. Nicht uninteressant sind die Ergebnisse der Untersuchung über die Gliederung des Personals nach der Stellung im Betriebe. Danach sind von den 14,4 Millionen gewerblichen Personen 8,1 Millionen Betriebsleiter. Von etwa 1 Million Angestellten gehören 670.000 zum Verwaltungs- und Kontorpersonal und 867.000 zum technischen Betriebs- und Aufschichtpersonal. Die eigentlichen Arbeiter und Gehilfen zählen 9,86 Millionen; dazu treten noch nahezu 1 Million (985.246) im Betriebe ihres Verwandten mitwirkende Familienangehörige. Gegenüber der Zählung im Jahre 1895 haben die Lohnarbeiter eine Zunahme von 2,8 Millionen oder 44 v. H. erfahren; den mitwirkenden Familienangehörigen wie den Angestellten insge-

samt sind je über eine halbe Million Personen mehr zugeführt. Hier zeigt sich ein verhältnismäßig weit rascheres Wachstum als bei den Arbeitern; da es sich auf 185 bzw. 192 v. H. der Grundzahl bei der vorigen Zensusaufnahme stellt. Die Zunahme der Betriebsleiter von Betrieben, welche mit Gehilfen oder Motoren arbeiten, ist über Erwarung hoch. Sie beträgt 400.000 oder nahezu ein Drittel der Zahl im Jahre 1895. Abgenommen hat dagegen wieder wie damals die Zahl der Inhaber der Zwergebetriebe; ebenso die Zahl der allein und ohne Motorenbenuzung arbeitenden Inhaber der „Kleinbetriebe“ im statistischen Sinne.

Fromme Jugendberziehung. Der „Berl. Volkszeitung“ ging von einem Oberlehrer in der Provinz Westfalen ein „Beichtspiegel für Kinder“ zu, der „mit kirchlicher Genehmigung“ gedruckt und verbreitet wird und von Knaben und Mädchen besolgt werden muß. In dem Beichtspiegel heißt es in den Beichtsätzen zum sechsten und neunten Gebot wörtlich:

Ich habe Unkeusches getan, allein . . ., mit andern . . .
Ich habe Unkeusches gesprochen . . .
Ich habe Unkeusches freiwillig angehebt . . .
Ich habe Unkeusches freiwillig angeleitet . . .
Ich habe Unkeusches freiwillig geduldet . . .

Das Kreuz vor jedem Beichtsatze bedeutet nach der beigefügten Erklärung: „Die mit einem Kreuz bezeichneten Sünden können leicht Todsünden sein.“ Außerdem wird bemerkt: „Solltest du eine Sünde begangen haben, welche im Beichtspiegel nicht genannt ist, so mußt du sie dennoch bekennen.“

In Bamberg befindet sich ein Institut der „englischen Fräulein“ für höhere Töchter, ein streng katholisches Institut fast klösterlicher Art. In diesem Institut hatten kürzlich die jungen Mädchen des obersten Kurses, sechzehnjährige junge Dinger, ihre Schulprüfung in Religion abzulegen. Der Religionslehrer, Domkapitular Priester Max Hofinger, gewinn, wie der „Frankische Kurier“ berichtet, den jungen Mädchen das folgende Thema zur schriftlichen Bearbeitung: „Es ist ein Brief an eine Freundin zu richten, die ihre Unschuld verloren hat und deshalb Selbstmord begehen will.“

Natürlich herrscht in Bamberg über diesen Vorgang große Aufregung. Auch die bayerische Regierung hat sich bereits mit der skandalösen Angelegenheit beschäftigt. Dabei ist es doch gar nicht so neu, was die Priesterkirche unter „Sittlichkeit“ und Jugendberziehung versteht! Zu bedauern sind nur die großstädtischen Eltern, die ihren Kindern so etwas bieten lassen.

Die Frommen brohen mit Revolution. Das unheimliche Loben des Papsttums, der Bischöfe und der kirchlichen Geistlichen gegen den beschriebenen Toleranzverstoß der spanischen Regierung hat jetzt zur Folge, daß im ganzen Land eine große antiklerikale Bewegung entstanden ist, die täglich an Umfang gewinnt und in mächtigen Versammlungen zum Ausdruck kommen wird. Die Stellung des Papsttums, der offenbar die Kirche sehr mancherlei aber die wahre Stimmung unterrichtet hat, wird immer peinlicher. Die vatikanische Presse wird mit ihren Drohungen immer deutlicher. In einem aus dem Vatikan stammenden römischen Briefe schreibt die „Union“ bereits: „Wenn die Kriegstrompete des spanischen Episkopats erschallt, wird das Spanien wohl antworten. Ob der junge König wohl die Antwort verstehen wird? Es steht für ihn und die Monarchie mehr auf dem Spiele, als nur der Sturz eines einfachen Ministeriums, zumal nachdem der Religion der Krieg erklärt ist. Das ist sicher: sollte Canalejas obliegen, so bedeutet das die Revolution.“

Man muß die deutschen kirchlichen Redner, s. B. Herrn Bielefeld, aber Abnigstrenne und Revolutionsfeindschaft der gläubigen Katholiken nur gebührt haben, um auch hier die ganze Pracht der Frommen zu durchschauen.

Immer wieder das Passgeschimpfe. Bei Beratung der Engelstil-Interpellation in der 2. preussischen Kammer gab Staatsminister Dr. Ewald seinem tiefsten Bedauern Ausdruck, daß durch die Beschimpfungen der Fürsten und insbesondere der hessischen Fürsten eine Störung des konfessionellen Friedens verursacht

worden sei. Die heftige Regiergung würde jedergelt bemerkt sein, daß die Partei der beiden großen Konfessionen in Hessen aufricht zu erhalten.

In einem Teil der Presse ist die Nachricht verbreitet, die preussische Regierung hätte die vom Großherzog von Baden beabsichtigte Verwahrung beim Vatikan gegen die Engelstil-Interpellation. Die evangelischen Fürsten, wie weiter gesagt, hätten sich dem Wunsche Preussens um des lieben Friedens willen gefügt. Die Stellen sei, daß an diesen Verhandlungen kein wahrer Wort ist. In der betreffenden Nachricht der „Frank. Zig.“ war nicht von der preussischen Regierung die Rede, sondern von einer anderen „hohen Stelle“.

Verfürgung der Sonntagarbeit im Rieler Handels-gewerbe. Der Rieler Magistrat unterbreitete dem Stadtverordnetenkollegium am Dienstag eine Vorlage, nach der die Arbeitzeit im Handelsgewerbe künftig von 6 auf 2 Stunden verkürzt werden soll. Die Vorlage mußte aber von der Tagesordnung abgesetzt werden, weil das Konfessionsrat, die Zeit, in der die Läden geöffnet sein dürfen, zu bestimmen hat und sich erst in einer der nächsten Sitzungen dazu äußern will.

Die zusammengebrochene Staatsaktion in Braunschweig. In dem Wahlrechtsprozeß in Braunschweig ist noch nachzutragen:

Nach der Beweisaufnahme war es dem Staatsanwalt selbst nicht möglich, die Schuldfrage nach Aufrechter aufrecht zu erhalten. Die Verteidiger Dr. Rosenfeld und Dr. Jassper gingen mit der Anklage alle ins Gericht und erzwangen die Geschworenen, die sämtlichen 9 Schuldfragen nach Aufrechter, Anlauf, gemeinschaftlicher Körperverletzung, schwerer, das Leben gefährdender Körperverletzung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt usw. zu verneinen. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Prozeß gar nicht vor das Schwurgericht, sondern höchstensfalls vor das Schöffengericht gehöret habe. Die Geschworenen verneinten auch alle Schuldfragen bis auf die nach einfacher Körperverletzung. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete, wie berichtet, auf vierzehn Tage Gefängnis, die 4. Unteruchungshaft angeschlossen wurden.

Vier Monate ist Genosse Pingenauer in Untersuchungshaft gehalten worden wegen einer Falschmeldung.

Finanzminister Dr. Lenge muß Ehrenbürger von Magdeburg werden. Die Stadtverordneten in Magdeburg ernannten ihren bisherigen Oberbürgermeister, jetzigen Finanzminister Dr. Lenge in geheimer Sitzung zum Ehrenbürger von Magdeburg. Kunststück — wenn die Sonnenbrille von oben scheint, darf das Gebühel von unten nicht fehlen.

Kerstestrelk. Zur Erlangung der freien Kerstestwahl hat die Kerstestkaste in Halle sämtlichen Orts-, Betriebs- und Innungsstranzenklassen gekündigt.

Das Einjährig-Privileg. An eine Abschaffung oder Einschränkung des Einjährig-Privilegs wird vorläufig nicht gedacht. In erster Reihe ist unter den vielen Gründen, die angeblich gegen die Abschaffung sprechen, die Kostenfrage erwähnt.

Es werden jetzt etwa 12.000 Einjährig-Privilegierte eingestellt. In zwei Jahren wächst diese Summe auf 24.000 Mann an. Wenn das Derr, so fährt man aus, wie es im Mobilmachungsfalle dem Fiskus gegenübergestellt wird, nicht geschwächt werden soll — und daran sei nicht zu denken — so müßte das bisherige Präsenzausgesetz geändert werden, damit der notwendige Ersatz im Wehrtaubensstande da ist. Durch diese Vergrößerung der Friedenspräsenzstärke würde wiederum der Etat bedeutend erhöht werden müssen. Es ist dafür eine Summe von 24 Millionen Mark berechnet worden. Also bleibt's dabei, daß der Reiche dem Vaterlande geringere Opfer zu bringen braucht, als der Arme.

Gegen den Serienloschwindel ist ein Gesetzentwurf fertiggestellt worden, der demnächst dem preussischen Staatsministerium zugehen wird. Die Vorlage dürfte voraussichtlich den Landtag in seiner nächsten Session beschäftigen. Der Gesetzentwurf entspricht in der Hauptsache dem Gesetz, das in diesem Jahre in Hamburg erlassen wurde. Die Unternehmer, die durch Verantwärtung der Fälschung und Serienlosche das Publikum gewerbsmäßig ausbeuten, sollen unter Strafe gestellt werden. Der Verkauf ganzer Stücke an der Waise bleibt nach wie vor erlaubt. Nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen sollen auch die betroffenen werden, die eine gewerbsmäßige Vereinigung bilden, um Gewinne bei dem Vertrieb preussischer Waise zu erzielen. Das Gesellschaftsspiel, das mehrere Teilnehmer an Losen vereint, wird hiervon nicht betroffen. Eine wichtige Bestimmung des Gesetzes bezieht sich auch auf die Presse. Als ein Verstoß gegen das Gesetz wird angesehen, wenn die Waise in den Zeitungen erscheinen. Dies soll in Zukunft verboten sein. In diesem Zweck wird bestimmt, daß Zeitungen, Beilagen usw. solche Anpreisungen nicht verbreiten dürfen.

Gegen die Jugendorganisationen. Vom 26. bis 27. Juni fand in Regensburg ein Allgemeiner Bayerischer Handwerker- und Gewerbetag statt, der sich auch mit den Jugendorganisationen

Holand von Berlin.

Roman von Willibald Klotz (W. Klotz)

Und als sie eintraten, die beiden Herren, künden alle auf, und mochten ihnen Platz, und gleich als wäre er nicht da, und als hätte sie bestochen, was neulich am Montag nach Ezo nicht her geschah, ließen sie ihn zu seinem Platz, und es war still, daß man eine Rabel hätte fallen hören, als er anhub: „Gott und seine Seligen seien mit uns und unseren Städten, ihr Herr!“

„Was stellen einige: „Wie wissen's!“ Andere: „Sprecht! Rabel!“ und nun ward es laut.

Und der Bürgermeister verlas dem Brief, so ihm Niklas Hosenwitz aus Brandenburg in der Haft geschrieben, darin er den Städten verkündete, wie der Markgraf und Kurfürst, nachdem er die Klagen gehört, der einen wie der andern, der Berliner und der Kölner, der Bedevte und der Ratmannen, mit seinen Räten, Räten und Herren im geheim die geschworen und herabgelagt, und darauf gesprochen, er wolle das Wesen nicht länger dulden, und solle es biegen oder brechen, und wolle er bereiten das Band, das die trüglichen Städte zusammenhalte, und ihnen das Regiment nehmen, das sie nicht zu führen verstanden, als zum gemeinen Schaden. Und habe er die Lote feststellen lassen von Spandau, daß keiner die Radeln ausstränge, denn er wolle kommen mit seinen Mannen und Reifigen, und als Vandesher die Schlüssel fordern, und daß sie ihm das schreien, so die Stadtöpfe vor seinem Vater zugeschlagen. Und alle Ritter hätten dazu gelächelt, und alle Räte gesprochen, es sei recht, und alle Fürsten, die bei ihm seien zum Vossager, hätten ihm die Hand gedrückt und sich getreut, als ging es zum Türling. Von einem vertrauten Manne am Hofe hatte es heimlich Niklas Hosenwitz erfahren, und als bald geschrieben und einen Schreiber geschickt, daß die Radeln noch zum Rechten treffe. Denn Montag nach Reminiscere habe der Kurfürst geschworen, was er treuen vor die Städte, und den Rat nicht von den Städten zu, bis sie ihm geöffnet und die Schlüssel gebracht. Aufstehen konnte der Bürgermeister dem Brief nicht, denn es überlief ihm von allen Seiten. Hier umwollen und Jörn, da Furcht und Schrecken. Und war beides geteilt, haben und trüben, nicht mehr, daß die Spr. die Grenze machte. Und er den Klagen war nie natürlich obenan Pawel Stroban. Der war schon erschienen mit einem Kürsch um den Leib und ein starrs Band drüber, eine Stadtwaade auf dem Kopf und ein

langes Schwert an der Seite. Eigentlich schickte sich's nicht, so in den Rat zu kommen; wer aber fragte heut' danach! Er glückte das Schwert, und wieder ließ er's in die Scheide fallen: „So mag er verdorren im Harnisch!“ Ichrie, als die Drohung verlesen ward.

Und das schrien viel ihm nach. Andere riefen: „Gört ihn nicht. Er ist doch Landesherri!“ und meinten, die Stadt sei nicht vorbereitet auf eine Belagerung.

„Und braucht er uns zu belagern“, rief ein reicher Handelsherr aus Eßlin, „da unsere Waren zu Schiff und Achse brauchen sind! Er braucht nur die Hand darauf zu legen, so hat er uns.“

„Wir aber“, rief Pawel, „legen hier unsere Hand auf euch, und dann hat er euch noch nicht, wir haben euch.“

„Still! Friede! Ruhig!“ Seine eigenen Freunde suchten ihn zu beschwichtigen. Pawel aber konnte doch nie den Mund halten. Auf die Kölner Schimpfe er, sie seien schuld daran, daß sie hätten den Markgrafen gerufen.

„Der hat ihn zuerst beschickt!“ sprach Herr Hoppenrade. „Die Schwerte, die Ihr hütet und ihnen das Wort redet.“

„Ihr!“ schrien die meisten Kölner, „Ihr liebet sie klagen, Ihr schicket Herzen mit, Ihr habt uns verlaagt.“

Da schlug Herr Johannes mit dem Stabe auf den Tisch und die um ihn hatten ihn, und von allen Seiten rief es zur Ruhe, und man riß die Heftigen zurück und ließ sie nicht mehr zu Worte kommen.

„All Ihr heiligen Schutzpatrone! Einen Augenblick nur, Ihr Herren, hört mich an; kann uestell! Es gilt heut nicht den Hundstaj Joris, nicht die Kurmaur, und die Pfennige im Säckel, es gilt die Stadt, es gilt beider Städte Wohl — ihr alles gilt's, ihr Recht, ihre Freiheit, ihre Dastein. Bei Gott dem Allmächtigen, zu Worten ist nicht Zeit, zu Streit noch minder.“

Und da nun alle aufmerksam hörten, trat er einen Schritt vor; und sie drängten sich um ihn.

„Ihr von Eßlin habt mich angefaagt. Wohlan, die Städte müssen heut' ein Haupt haben, oder sie sind nicht mehr eins, sie sind zwei, und dann nichts. Will Eure Anilage, es sei! Dann wählet einen anderen Aeltermann, und ich, Johannes Rathenow, schwöre hier vor alten und neuem Rate und vor den Weisern unserer Väter, so vor uns saken: gehoramen will ich ihm als wie der unterste Knecht. Sprecht! Sprecht! Aber schnell. Der Selger geht fort, während Ihr Aem schöpft.“

„Ich weiß nichts von der Anilage“, sprach Herr Bartholomäus Schumm.

germeister, als er's war“, sprach Herr Schumm; und das war genug. Denn wer, wenn die Schumms mit den Rathenows waren, hätte sie angefaagt. Von allen Seiten aber rief es: „Es muß etwas geschehen! — Nichts von den alten Streitigkeiten!“

Und nun leuchtete ganz anders Herrn Johannes' Gesicht. Auf seinen Sessel gelehnt, sprach er: „Ist schon geschehen, was an mir war. Mit Willen und Vollbord der Städte, hab' ich die Gewerke entboten, an die Lote und an die Mauern, habe sichere Leute an die Lüne geschickt, daß sie die Glocken läuten, wenn's not ist; habe das Rüsthaus zum alten Berlin öffnen lassen, und den Feuertmeister gestellt, daß er austelle. Oder weigert Ihr mir den Vollbord und wollt Euch unterwerfen, da sei Gott für, so sprecht!“

Und da, wie aus einer Stimme, rief es: „Da sei Gott für! Keine Unterwerfung!“ Aber es riefen's doch nicht alle mit. Es rang nur so. Wer schweiget, des Stimme wird nicht gehört. Aber doch kommt's, daß die Schweigen, oft am lautesten sprechen. Es kommt ihre Zeit auch.

Aber die Lauten und Mutigen überschrien sich, Kölner wie Berliner: „Keine Unterwerfung!“

„Zu den Waffen! Zu den Waffen! Er soll die Städte kennen lernen.“

„Wir sind die Alten!“

Ronrad Ryle schüttelte den Kopf. „Wir sind nicht die Alten“, sprach er leise. „Gott sei's gefaagt. Wären wir die, hätten wir nicht gehabert, sondern uns fürgelesen. Er hat Rundschafter in den Mauern, und weiß, wo die Risse sind.“

„Und laß ihn mit zehntausend Augen sehen“, sprach Pawel Stroban, „wenn Ihr Männer seid, soll er nur sehen seine eigene Schand.“

Und sein Anhang rief es mit ihm, und war wieder grobe Verwirrung, denn an der Tür war einer, der etwas mehr, und dort drängten sie sich um ihn, und bergebens hob der Bürgermeister beide Arme hoch. Er fragte, was er antworten solle von der Mauer, so der Markgraf die Schlüssel fordere?

Herrn Johannes' Feinde schrien: „Antworte ihm, was er will, der ihn gerufen hat.“ Da schrien die vor der Tür: „Gört Ihr nicht! Im alten Hof und im Haus in der Klosterstraße rüsten sie.“

„Feinde in den Mauern!“ schrie es, und ich löuteten sie. Die Glocken von Unserer lieben Frauen Kirche, und die von Sankt Niklas antworteten und bald auch drüben aus Eßlin die von Sankt Peter. Nun war's zum Rufen zu spät. Das trieb durcheinander als eine Herde, in die der Wolf gefahren, die Schafe rennen hin und her, die Hunde klaffen, und die Schäfer jürgen mit ihren Haken und Knütteln, und wissen nicht v

(Fortsetzung folgt.)

Von der Abonnenten-Versicherung.

Schon oft ist an dieser und anderer Stelle über den Mangel an Unfall- und Sterbe-Versicherung gewarnt worden. Jedoch sind noch immer viele, die den verlockenden Angeboten dieser Versicherer willig folgen, um dann, wenn sie in die Lage kommen, ihre Angehörigen zu versichern, zu sehen, daß sie reingeleitet worden sind.

Die Versicherung ist kein dauerndes, sondern gilt nur je auf ein Jahr, also nur für die innerhalb dieses Jahres eintretenden Sterbefälle.

Im guten Glauben, beim Empfang der Police sofort versichert zu sein, zahlen die meisten die Eintrittsgebühr von 1 Mark ohne sich um die weiteren Bedingungen des „Nachsterbens“ zu kümmern, denn am 2 heißt es, daß das Sterbegehalt von 100 Mark nur unter der Voraussetzung gezahlt wird, wenn der Versicherte zugleich ein ganzes Jahr ununterbrochen abgenommen hat.

Wir kommen auf den Sterbefall Ihres Mannes zurück, und teilen Ihnen ergebenst mit, daß u. a. Voraussetzung für die Gewährung des Sterbegebältes ist, daß der Verstorbene bei seinem Tode mindestens ein Jahr lang ununterbrochen abgenommen hat.

Eine Klage gegen den „Feterabend“ ist jedoch, denn die unterschiedlichen Bestimmungen sind maßgebend, selbst wenn die Agenten die schönsten Versicherungen gemacht haben. Die Arbeiter können nicht genug gewarnt werden auf die verlockenden Angebote der Versicherungsgesellschaften, zu denen auch der „Oberösterreichische Wanderer“ und der „Oberösterreichische Kurier“ gehören, anzugehen.

Obsteln, 1. Juli. Terrorismus im Reichthum. Das der Reichthum gegen die Gemeinlichkeit und andere Parteien benutzt wird, ist wiederholt abgegriffen worden, obwohl es alle Tage vorkommt.

Rattowitz, 1. Juli. Der holländische Riegenbock. Ein hiesiger Stadtkonzepts-Bürokrat war vor wenigen Tagen zu einer Hochzeit nach Rattowitz geladen. Einen mit riesigen Ohren aus Holz angefertigten Riegenbock, mit dem ergebende Länge aufgeföhrt werden, nahm er mit.

Die Duma. In der Sitzung der Reichsduma am Donnerstag wurde ein feierlicher Erlaß verlesen, dem zufolge die Reichsduma bis zum 28. Oktober vertagt wird.

Russische Verbrechen gegen Schweden. Bemerkenswert ist ein Artikel der „Nowoje Wremja“, der sich in scharfer Weise gegen Schweden wendet. Die Schweden hätten als herrschende Klasse die Finnen gegen Rußland aufgebracht und die Feindschaft Schwedens gegen Rußland sei erloschen.

Das Frauenrecht in Italien. Die mit der Prüfung der Wahlrechtsangelegenheit betraute parlamentarische Kommission beschloß die Ausdehnung des administrativen Wahlrechtes auf Frauen.

Eine zehnjährige Rede. Die Frage der italienischen Rechtskultur in Wien kam am Dienstag in der Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses zur Verhandlung.

Die französische Wahlreform. Kabinettschef Briand brachte in der Kammer den Gesetzesentwurf betreffend die Wahlreform ein. Der Inhalt des Entwurfs entspricht den bereits in dieser Sache mitgetheilten Einzelheiten.

Drohender Generalstreik der französischen Eisenbahner. Die französischen Eisenbahner beschloßen in einer Versammlung, an die Regierung ein Ultimatum zu stellen und im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen in den Generalstreik zu treten.

Dreizehnhundert Mann gefangen. In sehr blutigen Kämpfen kam es in dem Gefecht, das am 23. d. Mts. in Marokko zwischen französischen und marokkanischen Truppen stattgefunden hat, nach französischen Pariser Blättern in dem Gefecht auf französischer Seite 13 Mann gefangen und 71 verwundet worden.

Stimmen OS. 1. Juli. Gewerkschaftsartikel. Sitzung Sonntag, den 3. Juli, früh 9 Uhr. Sammelstunde für Bauarbeiter mitbringen. Wegen Beschneidung der Blätter sind geeignete Bücher sofort an G. Jendryschil abzuliefern.

Verantwortliche Redakteur: ... Druck von ...

Spruch des Dr. ... der betont, daß das eine Aufgab der Ärzte sei, gefehlt. Ein Antrag unserer Genossen, Mittel für die fachliche Ausbildung der Pfaffen zu beschaffen, wurde von den Gegnern bekämpft mit dem Hinweis, wie könnten hier sozialdemokratische Agitatoren ausgebildet werden.

Ausland

Die nationale Spaltung der österreichischen Genossen kam in der Sitzung des Reichsrats vom 23. Juni in eigenartiger Weise zum Ausdruck. Unter den rund 500 Resolutionen, die am Ende der Budgetdebatte meist lang- und langlos abgelesen wurden, befanden sich einige, die in das Gebiet der nationalen Streitigkeiten hineingriffen.

Mit 208 gegen 204 Stimmen wurde der Antrag auf staatliche Unterstützung des tschechischen Schulvereins in Wien, mit 211 gegen 209 der auf Unterstützung der tschechischen Minderheitsschulen abgelehnt. Dabei stimmten sämtliche deutsche und zwei bürgerlich-italienische Abgeordnete gegen, sämtliche tschechische und die bürgerlichen tschechischen, polnischen und die russisch-gekaukasischen Abgeordneten für die Annahme.

Diese Haltung der deutschen Sozialdemokraten gegenüber den tschechischen Genossen ist für sich nicht für sachlich ungerichtet gehalten, eröffnet sich aus ihrer grundsätzlichen Forderung: die ganze Minderheitsfrage einheitlich für alle Völker durch eine grundsätzliche Regelung zu lösen, wie sie in dem sozialdemokratischen Antrag enthalten ist.

Nebenfalls ist der ganze Vorgang, der die Macht der nationalen Interessen selbst bei unserer Partei zeigt, vom Standpunkt der internationalen Bewegung aus bedauerlich. Hoffen wir, daß die allein durchgeführten und grundsätzliche Regelung, die her von dem Abgeordnetenhaus an den Nationalitäten-Ausschuß verwiesene sozialdemokratische Antrag auf Regelung der gesamten Schulfrage durch offizielle Konfliktierung der Nationen als vormaliger Körperschaften bringen soll, zu einer Befreiung dieser Forderungen und damit auch der nationalen Differenzen führen wird.

Die russische Spionage-Affäre. Der Artillerie-Hauptmann Nordwinow hat sich vergiftet. Er war in die Affäre Ungarn-Sternberg verwickelt und sollte verhaftet werden.

Die Verhältnisse der Angehörigen des Barons Ungarn-Sternberg, den Verhafteten gegen Kaution auf freien Fuß zu stellen, sind gescheitert. Die Anklage lautet auf Hochverrat. Das Belastungsmaterial soll keinem Zweifel unterliegen.

Der Präsident der Reichsduma, Gutschkow, legte nach Schluß der Session der Reichsduma das Präsidium nieder, um die wegen des Duells mit dem Grafen Uwarow gegen ihn erlassene Strafe zu verbüßen. Vorher reist Gutschkow nach Bulgarien, um an dem Slaventag in Sofia teilzunehmen.

Russische Verbrechen gegen Schweden. Bemerkenswert ist ein Artikel der „Nowoje Wremja“, der sich in scharfer Weise gegen Schweden wendet. Die Schweden hätten als herrschende Klasse die Finnen gegen Rußland aufgebracht und die Feindschaft Schwedens gegen Rußland sei erloschen.

Das Frauenrecht in Italien. Die mit der Prüfung der Wahlrechtsangelegenheit betraute parlamentarische Kommission beschloß die Ausdehnung des administrativen Wahlrechtes auf Frauen.

Eine zehnjährige Rede. Die Frage der italienischen Rechtskultur in Wien kam am Dienstag in der Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses zur Verhandlung.

Die französische Wahlreform. Kabinettschef Briand brachte in der Kammer den Gesetzesentwurf betreffend die Wahlreform ein. Der Inhalt des Entwurfs entspricht den bereits in dieser Sache mitgetheilten Einzelheiten.

Drohender Generalstreik der französischen Eisenbahner. Die französischen Eisenbahner beschloßen in einer Versammlung, an die Regierung ein Ultimatum zu stellen und im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen in den Generalstreik zu treten.

Dreizehnhundert Mann gefangen. In sehr blutigen Kämpfen kam es in dem Gefecht, das am 23. d. Mts. in Marokko zwischen französischen und marokkanischen Truppen stattgefunden hat, nach französischen Pariser Blättern in dem Gefecht auf französischer Seite 13 Mann gefangen und 71 verwundet worden.

besten. Nach einem Vortrage des Architekten Krefft-Wranchen über die sozialdemokratischen Jugendorganisationen wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Vorstand und Gewerbetag in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen eine Einrichtung sieht, die lernende Jugend gegen Leere und Lehrern, gegen Staat und Gesellschaft in Unruhe und Unzufriedenheit zu versetzen und zu erhalten und dadurch eine geistliche Erziehung der jungen Leute zu zufriedenen Handwerlern und glücklichen Staatsbürgern zu unterbinden.

Unter der Erziehung der jungen Leute zu zufriedenen Handwerlern und glücklichen Staatsbürgern verstehen die meisten Künstler bekanntlich schrankenlose Ausbeutung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter.

Arbeitslosenversicherung in Baden. Die Budgetkommission der zweiten badischen Kammer nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, die Versicherung aufzufordern, noch in diesem Staatsvoranschlag 100.000 Mark zur Förderung der Arbeitslosenversicherung in Baden einzustellen.

Die Nationalliberalen in Gschopau-Marienberg werden, falls es unseren Genossen nicht möglich ist, den Kreis schon in der Hauptwahl zu erobern, in der Stichwahl jedenfalls für den reformistischen Kandidaten Freylich stimmen. Das geht aus einer Nachricht der „Nationalzeitung“ hervor.

Zur Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen. Der Elsaßische Landesparlamentarier stimmte, wie gemeldet, mit 37 gegen 6 Stimmen für den Antrag des Abgeordneten Gauß, die Regierung möge darauf hinwirken, daß der Verfassungsausschuß erst dem Landesausschuß vorgelegt werde, bevor er an den Reichstag geht.

Der Antrag der Regierungsvorleiter nach der Erklärung des Unterstaatssekretärs Dr. Petri wurde mit ironischen Juristen begleitet. Namens des Reichstagsausschusses erklärte sich der Abgeordnete Gauß für das Reichstagswahlrecht. Unter säkularer Heiterkeit nahm Abgeordneter Plumenthal den Antrag des Staatssekretärs ein und begründete von dort seinen Antrag.

Die „wahren“ Vertreter der Arbeiterinnen. In Karlsruhe wurde der 5. Verbandstag der katholischen Arbeiterinnenvereine Süddeutschlands abgehalten. Welche Rolle dabei die Geistlichkeit spielte, mag die nachfolgende Zusammenfassung besagen: Bei der Begrüßungsfeier waren anwesend fast der gesamte Reichsverband, an der Spitze Ehren-Dombauer, Knorr, sowie mehrere badische Bezirksabgeordnete.

Damit man nicht glauben sollte, der Verbandstag sei eine bloße Dekoration, konstatierte man am nächsten Tage bei Beginn der Verhandlungen, daß 77 Arbeiterinnen anwesend sind. Die katholische Presse konstatierte aber mit viel mehr Begeisterung, daß gleichfalls anwesend waren Frau Hürlin in Dettingen-Spielberg-Würzburg, Frau Gräfin Wangelas-Berlin, Frau Baronin v. Bodmann-München.

Die Duma. In der Sitzung der Reichsduma am Donnerstag wurde ein feierlicher Erlaß verlesen, dem zufolge die Reichsduma bis zum 28. Oktober vertagt wird.

Die Verhältnisse der Angehörigen des Barons Ungarn-Sternberg, den Verhafteten gegen Kaution auf freien Fuß zu stellen, sind gescheitert. Die Anklage lautet auf Hochverrat. Das Belastungsmaterial soll keinem Zweifel unterliegen.

Russische Verbrechen gegen Schweden. Bemerkenswert ist ein Artikel der „Nowoje Wremja“, der sich in scharfer Weise gegen Schweden wendet. Die Schweden hätten als herrschende Klasse die Finnen gegen Rußland aufgebracht und die Feindschaft Schwedens gegen Rußland sei erloschen.

Das Frauenrecht in Italien. Die mit der Prüfung der Wahlrechtsangelegenheit betraute parlamentarische Kommission beschloß die Ausdehnung des administrativen Wahlrechtes auf Frauen.

Eine zehnjährige Rede. Die Frage der italienischen Rechtskultur in Wien kam am Dienstag in der Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses zur Verhandlung.

Die französische Wahlreform. Kabinettschef Briand brachte in der Kammer den Gesetzesentwurf betreffend die Wahlreform ein. Der Inhalt des Entwurfs entspricht den bereits in dieser Sache mitgetheilten Einzelheiten.

Drohender Generalstreik der französischen Eisenbahner. Die französischen Eisenbahner beschloßen in einer Versammlung, an die Regierung ein Ultimatum zu stellen und im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen in den Generalstreik zu treten.

Dreizehnhundert Mann gefangen. In sehr blutigen Kämpfen kam es in dem Gefecht, das am 23. d. Mts. in Marokko zwischen französischen und marokkanischen Truppen stattgefunden hat, nach französischen Pariser Blättern in dem Gefecht auf französischer Seite 13 Mann gefangen und 71 verwundet worden.

UNSER GROSSER SAISON- RÄUMUNGS- VERKAUF

BEGINNT MONTAG, D. 4. JULI

GEBR. BARASCH

BEACHTEN SIE UNSERE INSERATE IN DEN SONNTAGSNUMMERN DER HIESIGEN TAGESZEITUNGEN, SOWIE UNSERE REICHNABTIG DEKORIERTEN FENSTER!

36

Uhren
Ketten, Ringe,
Broschen, Kreuze etc.
nur gutes Fabrikat zu billigsten Preisen.
Bitte auf alte Firma
Max Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmstr. **39**
zu achten.
Filialen unterhalte ich nicht.

Albert Wagner
Grosser Räumungs-Verkauf
zu noch nie dagewesenen billigen Preisen: 3240

Weiße Stiderei-Glaser	jetzt nur 0.90 Wk.	Tamem-Mieder	jetzt nur 4.50 Wk.
Flanell-Glaser auf Futter	jetzt nur 2.90	Stiderei-Röde	2.90
Wollstoff-Glaser auf Futter	jetzt nur 2.90	Falten-Röde	4.90
Selbde-Glaser	4.50	Batik - Stiderei - Mieder	jetzt nur 5.90
Wollstoff-Mieder	0.85	Wollstoff, reine Woll.	jetzt nur Meter 0.50
Wollstoff-Knäuge	0.95	Smil. Wollstoffe, reichhalt.	jetzt nur Meter 0.28

Albert Wagner
Friedrich-Wilhelm-Strasse Nr. 26/28
gegenüber der Mittelgasse.

Gross. Saison-Räumungs-Verkauf.

Sonnenschirme bis 50% unter Preis.
Regenschirme u. Spazierstöcke bedeutend billiger.

Breslauer Schirmfabrik-Niederlagen
Max Weiss Nachf.

Neue Schweidnitzerstr. 15. Reuschestr. 58/59.
Schmiedebrücke 2. 3295

Eine sehenswürdigkeit
ist der

95 Pf.-Bazar
Ring 51 Naschmarkt-Seite Ring 51
Geschenk-Artikel — Wirtschafts-Artikel
Spielwaren.
Unübertroffen 3294
Geschmack — Auswahl — Qualität.
Ohne Ausnahme:
Jedes Stück 95 Pf.
Ring 51 Albert Marcus. Ring 51
Naschmarkt-Seite. Naschmarkt-Seite.
Keine Filiale am Platze!

Zigarren-Import

Moritzstrasse 42, Ecke Gablitzstrasse.
Filiale Gablitzstrasse 7, Ecke Götzenstrasse.
Rauch-, Kau- und Schnupftabak-Niederlage.
Inhaber: P. Schneider. 2823

Bitte ausgeben Vorgelegt dieses 5% extra Kassen-Rabatt! Bitte anzunehmen

Zur Centrale

Bekleidungshaus für Herren und Knaben
Friedrich-Wilhelmstrasse 36,
Ecke Deffauerstrasse.

Billigste Einkaufsquelle für Arbeiter u. Parteigenossen! 3293

Herren-Anzüge	7,35, 10,50, 12,50, 15,75, usw.
Burichen	6,95, 8,50, 11,25, 13,50 usw.
Jünglings	5,90, 7,35, 9,50, 11,-, 13,- usw.
Knaben	2,50, 3,-, 3,50, 4,-, 5,-, 6,50 usw.
Sommer-Paletots	von 9,50 an
Weterinen	4,65
Stoffhosen	2,25
Arbeits-hosen	1,50
Knaben-Waschanzüge	1,50

Anzüge nach Maß von 18 Mt. an.
Bitte genau auf Laden und Firma zu achten.

Ruba-Seife
D. R. P. 158572

Beste Hauswaschseife
Minimal-Fettsäuregehalt
60% garantiert
Überall erhältlich 2814

Fabrikant: Rudolph Balhorn, Breslau XIII
Ruba-Seife

Samstag, den 2. Juli 1910.

Arbeiterbewegung.

An die organisierten Arbeiter Deutschlands.

Nachdem die Ausperrung im Baugewerbe aufgehoben worden ist, schließen wir hiermit im Einverständnis mit den Vorständen der Bauarbeiterorganisationen die Sammlung für die ausgesperrten Arbeiter des Baugewerbes und ersuchen die Organisationen und Gewerkschaftskartelle, die noch eingehenden Gelder gemäß den Bestimmungen der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses betreffend Streikunterstützung an den Kassierer der Generalkommission G. K u b e, Berlin S. O. 18, Engelauer 14/15, IV, einzusenden.

Berlin, 30. Juni 1910.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Aus dem Baugewerbe.

Mittwoch fand in Halle a. S. eine Sitzung der Vorstände der Bauarbeiterverbände statt, an der auch Geheimrat Dr. Wiedfeldt und Gerichtsdirektor Dr. Brenner teilnahmen. Es wurde die gegenwärtige Situation besprochen. Von den Bauarbeitern der wenigen Städte, die sich jetzt noch dem Schiedsbruch widersetzen, wird erwartet, daß sie dem Majoritätsbeschlusse des Verbandstages sich in aller nächster Zeit fügen werden.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hält beabsichtigt am Donnerstag in Halle a. S. abermals eine Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu der Weigerung der Bauarbeiterorganisationen einiger Orte, den Schiedsbruch anzuerkennen. Die Erhebung mit einer nochmaligen allgemeinen Aufsperrung ist in Umtausch. Es würde ihr auch jede sachliche Berechtigung fehlen. Denn die Unternehmer versetzen an einigen Orten ebenfalls gegen die Abmachungen. Von den Bauarbeitern sind es nur noch sehr wenige Zweigvereine, die beschließen, die Arbeit nicht aufzunehmen.

Die Leipziger Zimmerer und Bauhilfsarbeiter nehmen die Arbeit auf. Mittwoch Abend haben abermals Versammlungen mit sehr lebhaften Debatten stattgefunden. Die Zimmerer beschließen mit 44 gegen 331 Stimmen, den Streik aufzuheben. Die Bauhilfsarbeiter erklärten sich ohne besondere Abstimmung durch einfache Zustimmung für die Aufnahme der Arbeit. Die Maurer dagegen beschließen, den Streik weiter zu führen.

Patriotische Setze gegen den Buchdrucker-Tarif. In der Korrespondenz des famosen Reichsverbandes wider die Wahrheit und die Sozialdemokratie wird gegen den Tarif im Buchdruckgewerbe wie folgt gehetzt:

„Im deutschen Buchdruckgewerbe hat der bekannte Tarifvertrag im Zusammenhang mit dem Organisationsvertrag den sozialdemokratischen Arbeitnehmern geradezu despotischen Einfluß eingeräumt und die freie Willensbestimmung des Arbeitgebers ist sogar weit über die allgemeinen in unserem Gewerbe geltenden Grundzüge hinaus befestigt und unterworfen worden. Wer sich näher über diese Fragen orientieren will, lese die ausgezeichnete Schrift des verstorbenen Abgeordneten D a s s a c h: Soll das deutsche Buchdruckgewerbe und damit die deutsche Presse und Literatur von der Sozialdemokratie abhängig werden? (Trier 1907) und die vorzügliche Schrift: Die Verhängnisvolle Sozialdemokratie durch die gegenwärtige Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe (Berlin 1908), Bureau des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckgewerbe.“

Da die Buchdrucker vor der Neuregelung des Tarifs stehen, so ist die ältliche reichsverbandliche Auslassung als die Einleitung zu einer Setze gegen die Buchdruckergehilfen und ihre heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen anzusehen. Sicherlich hat der Reichsverband von interessierter Seite den Auftrieb erhalten, den nächsten Tarifabschluß im Buchdruckgewerbe ungünstig zu beeinflussen oder zu verhindern, ihn gar illusorisch zu machen. Als Warnungssignal kann die Auslassung sicherlich für die Buchdrucker gelten.

Brauerstreik. In der Schweiz haben die organisierten Brauer den Generalstreik erklärt und sind Mittwoch Morgen in der Stärke von 2000 Mann in den Ausland getreten. Der Streik ist die Antwort auf die angebotene Ausperrung der Brauereibesitzer. Die Schweizer Arbeiterschaft hat den Boykott über sämtliche Brauereien erklärt. Auch in Basel proklamierten die Brauer den Generalstreik.

Aus aller Welt.

Für den Papst geborgt. Die Pariser Polizei ist einem alten Mann auf die Spur gekommen, der verstanden hat, unter der Maske der Heiligkeit große Betrügereien zu begehen. Im April dieses Jahres war Monsignore Sisson, der Bischof der Kirche St. Honoré, gestorben. Als sein Neffe die Nachlassenschaft ordnete, fand er unter den Papieren seines Onkels mehrere Dutzenden eines Herrn Dupray de la Maherie, im Gesamtbetrag von über 240.000 Franken. Und zwar sollte das entsprechende Geld nach Rom gegangen und dort beim Papst zur Wiederaufrichtung der päpstlichen Macht und Wiederherstellung des alten Ruhms des Vatikanus Verwendung gefunden haben. Der Neffe forschte nach und fand, daß Herr Dupray de la Maherie das Geld zwar erhalten, dagegen keinen Pfennig der Vatikanus. Dupray hatte dem alten Sisson wiederholt berichtet, wie er für den Heiligen Vater über sein gutes Werk sei. Er hatte ihm weiterhin mitgeteilt, daß er jeden Centime mit Zins und Zinseszins wiedererhalten werde. Doch bis an seinem Tode blieb Sisson ohne jegliche Rückzahlung. An die Ehrlichkeit Dupray hat er jedoch geglaubt. Erst seinem Neffen wegen berechtigter Zweifel auf, so daß er jetzt den Schwindler verhaften ließ.

Wer für die Wiedererrichtung der päpstlichen Weltmacht Geld übrig hat, der verdient, hineingelegt zu werden. Denn, wenn das Geld wirklich zur Verwirklichung des Wunsches seiner Spende beigetragen hätte, dann hätte es noch größeren Schaden gestiftet.

Die Trümmer des Luftschiffes „Z. VII.“ Seit den frühesten Morgenstunden ist man mit der Verpackung des gestrandeten Zeppelin-Luftschiffes beschäftigt, das völlig demontiert nach Friedrichshafen zurückgebracht werden soll. Die wertvollen Bestandteile, die Maschine, die Gaszellenhülle und die Instrumente sind völlig intakt. — Die ärztliche Untersuchung des bei der Strandung verletzten Monteurs Hohenstein ergab, daß Lebensgefahr nicht vorliegt. Der Verletzte, der auch den Verlust des Grafen Zeppelin erhielt, befindet sich auf dem Wege der Besserung. — Aus Kreisen der Deutschen Luftschiffahrts-Vereinigung verlautet, daß der Wiederanbau des „Deutschland“ beschlossen ist. Man will ungefähr 100.000 Mk. dafür bewilligen. Der Materialwert der noch brauchbaren Teile des Luftschiffes ist auf 800.000 Mk. berechnet.

Zur Explosion des Ballons „Gungaria“ wird aus Mexiko gemeldet, daß der Brand des Luftballons „Gungaria“ dadurch

Partei-Angelegenheiten.

Stadtverordnetenwahl in Frankfurt a. M. In den elf eingetragenen Wertschaften, durch deren am 1. April d. J. erfolgten Anschluß an Frankfurt die Einwohnerzahl der ehemals freien Reichsstadt auf etwa 420.000 und ihr Flächeninhalt auf 13 1/2 qm gestiegen ist, fanden am Dienstag Stadtverordnetenwahlen statt. Es waren 7 Stadtverordnete zu wählen, das Wahlrecht ist direkt und geheim, wie bei der Reichstagswahl, jedoch ist nur wahlberechtigt, wer 1200 Mk. Einkommen oder ein Haus hat. Wähler haben alle 11 Orte nach der Nassauischen Dreiklassenordnung mit öffentlicher Stimmabgabe gewählt. Kandidaten waren aufgestellt von der Sozialdemokratie, dem Zentrum, den Nationalliberalen und den vereinigten Liberalen, die mit dem Bezirksvereinen zusammenhängen. Der Wahlkampf war ein überaus heftiger, von den 7 Mandaten sind 4 von uns erobert worden. In drei Bezirken stehen Sozialdemokraten mit dem Freisinn in Stichwahl. Die Sozialdemokratie hat 3293 Stimmen, das Zentrum 370, Nationalliberale 888 und Fortschrittliche Volkspartei 1719. Von ungefähr 6000 abgegebenen Stimmen haben wir mehr als die Hälfte erhalten. Die Stichwahl wird am 15. Juli stattfinden, 2 Mandate dürften ganz sicher noch zu holen sein.

Verbotener Umzug. Die Harburger Parteiführung hatte um Genehmigung zu einem am Tage der Reichstagswahlen geplanten Festzug nachgesucht. Der neue Polizeidirektor verbot ihn, weil der Verkehr in den verhältnismäßig engen Straßen erheblich gefährdet und eine solche Kundgebung auch gealant sei, auf weite Kreise der Bevölkerung beeinflussend zu wirken.

In Harburg haben mehrere Wahlrechtsdemonstrationen stattgefunden, ohne daß die Polizei den geringsten Anlaß zum Einschreiten gehabt hätte.

Wo es zu Zusammenstößen gekommen ist, haben diese den Grund zur Ablehnung ab, wo keine stattfanden — wird auch abgelehnt. Das gleiche Recht erfordert dies.

Ein Opfer sozialdemokratischer Maschinen. Unter dieser Überschrift macht die Meldung vom Selbstmord eines Dreifassensbeamten Gräffer in Freiburg die Kunde durch die bürgerlichen Blätter. Am Donnerstag früh hat sich der Mann im Verwaltungsgelände der Dreifasserie die Kehle durchgeschnitten. Aus einer langen Erklärung, die der Dreifassensvorsitzende Bielig zur Sache abgibt, geht hervor, daß Gräffer sich eine Anzahl Unregelmäßigkeiten hatte zuschulden kommen lassen und daß die Aufsichtsbekörderung auf bessere Kassensführung dringt. Der genannte Bielig hat nun im Kassenvorstand die sofortige Entlassung des Gräffer beantragt, auf Antrag der Unternehmensvertreter wurde von einer sofortigen Entlassung abgesehen und Gräffer auf 14 Tage beurlaubt. Unregelmäßigkeiten waren die Verletzungen nicht so stark, daß man zu einer sofortigen Entlassung kommen mußte, aber man kann auch nicht behaupten, daß Gräffer etwa durch schlechte Behandlung in den Tod getrieben worden sei. Der sozialdemokratische Kassenvorstand hat, als er die Unregelmäßigkeiten zur Sprache brachte, lediglich dem Dingen der Aufsichtsbekörderung nachgegeben.

Der „Frankfurter Volkszeitung“ ging von den anderen Beamten der Dreifassensklasse eine Verächtigung zu, die wohl ein für allemal die Verleumdungen zum Schweigen bringen müßte. Es wird darin von vier Innenbeamten dagegen protestiert, daß sie der Sozialdemokratie angehören. Sie wiesen diese „Verächtigung“ zurück und erklärten, ferner protestierten sie dagegen, daß Gräffer mit Arbeit überbürdet gewesen sei. Die Beamten betonen weiter, daß entgegen der Behauptung bürgerliche Blätter kein Beamter vor seiner Anstellung nach seiner politischen Gesinnung gefragt worden sei. Außerdem wird noch bekannt, daß Gräffer Mitglied des auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbandes der Krankenkassenangehörigen war.

Die F. V. P. und die Internationale. Die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party I. L. P.) hat seinen Bericht an den Internationalen Sozialistischen Kongress in Kopenhagen herausgegeben. Danach hat sich die Mitgliedszahl dieser sozialistischen Organisation seit dem Stuttgarter Kongress von 85.000 auf 80.000 erhöht, die Zahl der Ortsgruppen ist von 100 auf 900 gestiegen. Die Partei hat 6 direkte Vertreter im Unterhause, die alle der Arbeiterfraktion angehören, während außerdem noch 20 andere Mitglieder der Arbeiterfraktion, die als Vertreter ihrer Gewerkschaften im Unterhause sitzen, ebenfalls Mitglieder der F. V. P. sind. Die rasche Entwicklung der Partei ist auch aus dem Finanzbericht ersichtlich: sowohl die Einnahmen wie die Ausgaben haben sich seit dem Stuttgarter Kongress nahezu verdreifacht. Zu bemerken ist in diesem Bericht, daß von den Einnahmen des letzten Jahres nur der geringere Teil von regulären Mitgliederbeiträgen und der größere von besonderen Spenden herrührt — ein Anzeichen dafür, daß die Partei finanziell mehr von der Unterstützung bürokratischer oder kleinbürgerlicher Elemente, als von den Großen der Arbeiter abhängt. Die Partei hat im letzten Jahre auch eine eigene Druckerei und einen eigenen Parteiverlag gegründet, die vielleicht die Grundlage zur späteren Schaffung einer Tagespresse bilden werden.

Mit Bezug auf den Militarismus und die internationalen Beziehungen heißt es im Bericht: Während der englisch-deut-

schen Kriegspanik hat die F. V. P. einig und unentwegt an der Seite des Friedens und der internationalen Solidarität gestanden. Sowohl in der Presse, wie durch ihre parlamentarischen Vertreter, namentlich durch Herr Gable und Macdonald, hat die F. V. P. die militärischen Klammern des Militarismus nachdrücklich zurückgewiesen.

Für den italienischen Parteitag. Da die vom italienischen Parteivorstand ernannten Referenten alle der reformistischen Fraktion angehören, haben die Intransigenten beschlossen, die Ernennung von Kontrereferenten für einige Punkte zu fordern. Für die Frage des Antimilitarismus wollen sie den Genossen Lazzari vorschlagen, für die soziale Bewegung Genossen Suzzani. Für Genossenschaftsbewegung und Sozialismus Genossen Verba, für die Frage des Antimilitarismus Francesco Cicotti, für die Frage des Ministerialismus Genossen Longobardi und schließlich für den Punkt, der die Beziehung der Parteifraktion zur Gesamtpartei behandelt, Genossen Fioritto. Das Gesuch wird dem Parteivorstand in diesen Tagen zugehen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. Juli.

Geschichtskalender.

2. Juli.

- 1778 Jean Jacques Rousseau in Ermenonville bei Paris †.
- 1843 Samuel Christian Friedrich Sabniewski, der Begründer des Dombopaths, in Paris †.
- 1850 Der englische Freihandelsminister Sir Robert Peel in London †.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung, die letzte vor den Ferien, brachte noch zwei Initiativanträge aus der Mitte der Versammlung, um die heisse Rebellampe geführt wurden. Der erste dieser Anträge, der vom Stadtdr. Hoffmann eingebracht war und 35 Unterschriften trug, verlangte die alljährliche Öffnung der beiden Gassen zwischen Brüder und Feldstraße. Außer dem Antragsteller traten noch die Stadtverordneten Müller, Professor Dr. Seiffert, Schönfelder, Tiggeler, Finger und Carboeus lebhaft dafür ein. Die Ohlauer Vorstadt wurde dabei als ein Steinfeld des Magistrats bezeichnet. Bürgermeister Trentin trat einer solchen Behauptung entgegen. Er glaubte dabei ausgesprochen zu dürfen, daß es sich auch in einer Gasse ganz gut wohnen lasse. Genosse Albert erklärte, daß er sich schon noch bessere Wohngelegenheiten vorstellen könne, als in der Gasse. Ganz ähnliche Mißstände als an der Feld- und Brüderstraße beständen aber auch noch in anderen Teilen der Stadt und harren dringend der Abhilfe. Man denke an die Bohrauer- und Lohestraße, an die Verbindung zwischen dem Nikolator und Gräbchen, an den Steg zwischen dem Oberort und dem Nikolator, oder an den Schandfleck des Herzogischen Grundstückes auf der Margaretenstraße, das die Straße auf ihrer Breite einengt. Die Bürgererschaft habe alle Ursache, zu fordern, daß in allen diesen Fällen Abhilfe erfolgt. Schließlich wurde der Antrag mit einem Zusatz des Stadtverordneten Heilberg angenommen, wonach die Erhebung von Unterliegerbeiträgen in die Wege zu setzen ist.

Eine dem Gegenstande der Debatte eigentlich gar nicht entsprechende Gibe des Gesichts entwickelte sich bei der Beratung einer Interpellation Herschel, deren Zweck es war, die während der Flugwochen geschaffenen provisorischen Übergänge über das Schwarzwasser zu erhalten. Sowohl die Öffnung des Werle'schen Steges in der Nähe der Straßenbahnhaltestelle, als auch der Pontonbrückenübergang bei Beerbeutel haben dem interessierten Publikum so viel Erleichterung geschaffen, daß es die Erhaltung dieser Vorteile anstrebt. Bürgermeister Trentin machte auf die rechtlichen Schwierigkeiten aufmerksam, die sich einer Erfüllung dieses Wunsches in den Weg stellen, und beschwerte sich, daß solche Anträge wie aus der Pfiste geschossen in der letzten Sitzung der Stadtverordneten vor den Ferien eingebracht werden. Herr Heilberg gar wollte die nützlichen

entstanden ist, daß die Ballonhülle durch einen Funken, der aus der Tabakpfeife eines Bauern fiel, entzündet wurde. Oberleutnant Hoffmeister hat Brandwunden ziemlich gefährlicher Art erlitten, befindet sich aber auf dem Wege entschiedener Besserung. Er trifft nachmittags mittels Automobil der Rettungsgesellschaft in Wien ein. — Der Vorkall zeigt wieder, wie unvorzähllich leichtsinnig das Rauchen in der Nähe der Ballons ist.

Drei Kinder verschüttet. In Preussisch-Friedland, Kreis Marienwerder, wurden seit Montag Abend drei Kinder vermisst, nach denen alles Suchen vergeblich war. Donnerstag Morgen entdeckte der Besitzer Schuls in den Seebergen, die sich in der Nähe der Br.-Friedländer Gaskanal befanden, daß große Sandmassen von den Anhöhen abgeführt waren. Mit einem Stode durchsuchte er an verschiedenen Stellen die Sandmassen und ließ bald auf harte Gegenstände. Schnellig grub man nach und legte bald drei Leichen von Schulkindern bloß. Die Kinder hatten in den Bergen gespielt. Die Toten sind die sieben- und neunjährigen Söhne des Stellmachers Läßle und der neunjährige Sohn des Arbeiters Bellerowicz.

222 Millionen für den Pariser Hochwasserbesch. Die aus Anlaß der letzten Pariser Hochwasserung eingesetzte Kommission hat einer telegraphischen Meldung zufolge ihre Aufgabe jetzt beendet. Ihr Obmann, Alfred Picquard, wird demnach der Regierung Bericht erstatten. Danach würden die Arbeiten zur Sicherung der Hauptstadt gegen Hochwassererfolge sieben Jahre dauern und 222 Millionen Franken kosten. Die Hälfte dieser Kosten würde von der Stadt Paris und die andere Hälfte zum Teil von den Schiffahrtsgesellschaften, zum anderen Teile vom Staat zu tragen sein.

Eine Schreckensszene spielte sich am Donnerstag Mittag kurz nach 1 Uhr an der Ecke der Most- und Eisenstraße in Berlin ab. Die Schule war schon geschlossen und an der bezeichneten Ecke fanden und spielten Gruppen von 20-25 Knaben etwa 6-8 Jahre alt. Ungefähr 20 Schritte von ihnen entfernt fand ein mit Pferden bespannter Wägen, dessen Kutser schon in eines der Häuser eingegangen, um dort Wäsche abzuliefern. Plötzlich schaute ein Pferd, ein durch und raste in die Gruppe der spielenden

Kinder hinein. Entsetzt hoben diese nach allen Seiten auseinander, dennoch gerieten vier von ihnen unter die Hufe der Peche und die Räder des Wagens; glücklicherweise erlitten aber alle vier nur leichtere Verletzungen.

Ein schwimmender Gerichtshof. Ein eigenartiges Gerichtshofe ist in Alaska errichtet worden: die Fregatte hat dort einen Kollater in Dienst gestellt, der längs der Küste Alaskas kreuzen soll, um überall Recht zu sprechen und Urteile zu fällen, wo Kläuer auftreten, welche die Hilfe der Justiz beanspruchen. Das Gerichtschiff fuhr von Seward aus und wird westwärts bis nach Unalakleet kreuzen, dann die Küsten des Beringmeeres besuchen und bis zur Mündung des Yukon fahren. In all diesen Küstenstrichen sind größere Rechtsbehörden errichtet, die nur im Sommer betrieben und bewohnt sind, und bei denen oft Ausschreitungen und Verbrechen vorkommen. Und so erwartet man, daß der schwimmende Gerichtshof auf seiner fast 2000 Meilen umfassenden Wasserfahrt reichliche Arbeit vorfinden wird.

Die kleinen Zoologen. In Liverpool ist eine Viehzucht-Ausstellung, die wie jede solche Veranstaltung von den Besuchern mehr oder weniger sachverständig kritisiert wird. Auch die kleinen und kleinsten Liverpooler haben sich in Schulausflügen über das, was sie dort gesehen haben, in allerlei bemerkenswerten Urteilen ausgesprochen, aus denen der „Standard“ eine Reihe interessanter zoologischer Mitteilungen zum besten gibt: „Das Pferd besteht aus den Gelenken, den Rippen, den Oberschenkeln, den Fesseln und dem Hufe. Ohne diese könnte das gräßliche Tier nicht leben.“ „Das Pferd hat die Größe eines Mannes von mittlerem Alter.“

„Wenn wir in Island umherstreifen, finden wir, daß dort die Schweine als Mitglieder der Familie behandelt werden. Sie sitzen beim Feuer, gehen aus und ein und haben die wenigen Ställe, die dort zu finden sind, im Besitz.“

„Die St. Bernhard-Hunde sind sehr intelligent. Sie haben vielen Reisenden das Leben gerettet, indem sie dem Pailenten Brandwein in die Kehle gossen.“

„In den Schlächterläden sieht man riesige Ställe Dönerfleisch, die einst das Eigenraus einer Kuh waren.“

„Eine Kuh sieht einem Stier sehr ähnlich, aber ein Stier tut mehr weh als eine Kuh.“

Erregung an einem Juristischen Notarstaben aufhängen und darf füglich die Behauptung in die Versammlung: Meine Herren, Sie wissen ja gar nicht, worum es sich handelt. Als Genosse Döbe ihn darauf verließ, daß dieser Zweifel unzutreffend sei und Herr Hellberg eine klare Sache nicht verbunkeln und ihre Durchsetzung nicht erschweren solle, war dieser äußerst ungehalten und beschwerte sich über unachtsamen Ton. Zwischen durch mußte er sich aber auch gegenüber den Standsgenossen Herschel und Husakowski seiner Haut wehren und pflog mit dem ersten stützige Zwiesprache über die Würde der Versammlung, mit dem letzteren über das Begriffsvermögen der Stadtverordnetenversammlung im allgemeinen und das feine an besonderen. Genosse Schütz wies darauf hin, daß ein feinerer der Besten Werte einen Stieg über das Schwarzwasser besah, also doch die Erlaubnis dazu bekommen habe. Diese Brücke hat aber der Magistrat wieder wegnehmen lassen, weil sie die Sicherheit gefährde. Habe der Magistrat das Recht gehabt, eine Brücke abzureißen, so müsse er doch auch das Recht haben, eine zu bauen. Redner bittet im Namen des Ortskrankenkassenverbandes, die Pontonbrücke während des Sommers stehen zu lassen. Der Verband besitzt dort ein Nicht- und Sonnenbad, und die Brücke verschafft den Kranken, die gleichzeitig eine Mischkur in Verbeuteln mitmachen, eine Verklüftung ihres Weges und fast eine halbe Stunde. Die öffentlichen Bedenken gegen diesen Vorschlag wurden noch einmal vom Bürgermeister Trentin und Herrn Stadtrat Rosenbaum hervorgehoben. Genosse Döbe meinte demgegenüber, daß es doch nicht so schwer sein dürfte, zu erfahren, unter welchen Bedingungen der rührigen „Fugitivkur“ die Begung der Brücke gelungen sei, und daß es sich empfiehlt, sie unter den gleichen Bedingungen den Sommer über liegen zu lassen. Unter dem Eindruck dieser Darlegungen wurde ein etwas abgeänderter Antrag Herschel, der dem Magistrat diese Brückenerhaltung ans Herz legt, angenommen. Möglich, daß die Strombauverwaltung das nicht genehmigt, wie Herr Stadtrat Rosenbaum es andeutete. Denn da in Zukunft vielleicht Hundert Personen die Brücke benutzen, jetzt aber viele Tausende, ist sie in Zukunft natürlich viel gefährlicher, und da sie lose gebaut ist und bei Wasserstandsänderungen bequem entfernt werden kann, ergibt sich ebenfalls eine für unsere Bureautrate unerträgliche Einfachheit. Aber wenn keine solche Brückenerhaltung des Publikums erfolgen soll, warum in aller Welt überläßt das der Magistrat dann nicht der Strombauverwaltung oder einem Privaten, warum geht er danach, daß gerade er es sein muß, der den Widerstand gegen eine so plausible Forderung des Publikums leistet?

Der Ankauf der Grundstücke an der Elisabethstraße, Eisen- und Lohstrasse ist vom Ausschuss abgelehnt worden. Stadtrat Trentin begründete den Standpunkt des Ausschusses, erklärte jedoch, daß gegen eine erneute Kommissionsberatung nichts einzuwenden sei. Die Stadträte Richter, Herschel, Hellberg, Schänkelber und Hamburger treten für die Vermittlung an den Ausschuss ein, zumal die Besten der Grundstücke sich bereit erklärt habe, um 20.000 Mark im Preise herunterzugeben. Bürgermeister Trentin und Stadtbauamt Verg traten gleichfalls für den Ankauf ein. Der Bürgermeister kam dabei auf die vom Stadtverordneten Herschel angelegte Frage eines neuen Verwaltungsgebäudes zu sprechen. Im Magistrat wisse man noch nichts von einem solchen Bau, zu dessen Ausführung diese Millionen erforderlich sein würden. Von den Anwesenden dürfte wohl kaum einer die Errichtung dieses Baues erleben. Die Vorlage wurde hierauf zur abermaligen Ausschussberatung überwiesen.

Zur Unterstützung der Schwassergelddrücken im Hirtal fordert ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats, den Bürgermeister Trentin begründete, die Bewilligung von 5000 Mark. Der Antrag wurde ohne Debatte und anscheinend einstimmig angenommen.

Bei Festsetzung des Flusslinienplanes für die Verbindungsstraße — Glashausunterführung — zwischen dem Striegauer Platz und der Märkischen Straße wies der Referent Stadtrat Seemann (Soz.) erneut auf die schlechte Verbindung zwischen Sträßchen und dem Kalkofort hin, und Stadtrat Scharte (frei) forderte in energischen Worten die endliche Regulierung des Striegauer Platzes. Stadtrat Gasse führt die Verzögerung der Regulierung darauf zurück, daß die Anlieger zu keinen Opfern bereit seien. Stadtrat Hamburger (frei.) führte hierzu aus, daß es bei dem Etat der Stadt Breslau von 20 Millionen doch auf 5 oder 6000 Mark mehr oder weniger für den Striegauer Platz nicht ankommen könne.

Den städtischen Straßenbauern wurde eine längliche Lohnaufbesserung angesprochen. Die Löhne der Schaffner und Führer werden erhöht nach einer Dienstzeit von 2 Jahren von 88 Mk. auf 90 Mk.

Die Gesamtlöhne der Erhöhung belaufen sich auf 7808 Mk. für das Rechnungsjahr.

Für Umbauten im Sengel Haus-Krankenhaus fordert der Magistrat 48.600 Mk. Stadtrat Döber hat um sofortige Bewilligung, um die dringenden Arbeiten nicht zu verzögern. Die Mehrheit der Versammlung beschloß indes vorherige Ausschussberatung.

In der Ausschuss vertrieben wurde auch eine Vorlage auf altschöne Anlegung eines Schmutzplatzes an der Ecke Stein- und Lohstraße.

Ohne Debatte wurden folgende Vorlagen erledigt:
Zustandsetzung der Pflasterstraße Kaufmann-Weidenhof für 1200 Mk.;
Genehmigung zur weiteren Fortführung der großen auf 1.300.000 Mark veranschlagten Hobelegungsarbeiten zur Verbesserung der Wasser- und Abwasser-Verhältnisse und der Verhältnisse der öffentlichen Plätze, solange die Gesamtsumme, die von der Versammlung am 20.000 Mk. geteilt wurde, nicht überschritten wird;
Abänderung im Flusslinienplan des Gebietes zwischen Steinstraße, Pöhlstraße, Kirchstraße und Neuborstraße;
Erwerb von Straßenland vor Doppelstraße 81/85 für 248 Mk.;
Anlage eines Gasheizrohrs in der Kaiserstraße von der Pöhlstraße bis zur Pflasterstraße und in der Pflasterstraße von der Kaiser- bis zur Pflasterstraße für 90.200 Mk.;
Abkommen mit der Garnisonkirche über die Übertragung des Kommunalfriedhofes an der Pflasterstraße.

Anlegung von Tennisplätzen auf dem Erweiterungsgelände des Stadtparks für 18.800 Mk.;
Erwerb eines 857 Dekal großen Landstückes des Wartenbergers in Riemberg von Kaufmann Georg Riebling für 8200 Mk. einschließlich Steuern, Stempel usw.;
Verkauf eines 210 Quadratmeter großen Grundstückes an der Scharfstraße an den Eisenbahnstation für 210 Mk. zur Verbreiterung der Eisenbahnunterführung an der Scharfstraße;
Anlegung der Morgenseite in Verbeuteln bis zur Dahnstraße für insgesamt 17.800 Mk.

Herr Thiele und der Oberstaatsanwalt.

Nabezu neun Wochen hat der Oberstaatsanwalt gebraucht, um sich zu der Beschwerde des Arbeiters Matschinsky zu äußern, dem Polizeikommissar Thiele am 6. Februar auf dem Christophoriplatz den Kopf entsetzt schlug. Der Erste Staatsanwalt hatte, wozu er ebenfalls zwei Monate Zeit gebraucht, im April erklärt, er finde keinen Anlaß, gegen Thiele einzuschreiten, weil — na, man kennt ja die staatsanwaltlichen Argumente, wo es sich um einen hohen Polizeibeamten handelt. (Uebrigens: Weil wir seiner Zeit diese Argumente ein wenig unter die kritische Lupe genommen, fühlt sich die Staatsanwaltschaft beleidigt und hat gegen uns Strafantrag gestellt — in eigener Sache!)

Matschinsky beschwerte sich darauf beim Oberstaatsanwalt und nannte eine ganze Reihe Zeugen, die die Tat des Herrn Thiele mit angesehen hatten. Daß auch nur ein einziger dieser Zeugen vernommen worden wäre, wäre nicht gehört. Dafür erfuhren wir aber um so schneller, daß ein halbes Schock Polizisten vernommen wurden — na, und das Resultat ihrer Aussagen ist die Antwort, die jetzt nach neun Wochen der Oberstaatsanwalt dem so schwer Verletzten zugesandt hat.

Kalkrieth hat sich nicht einen Augenblick eingekübelt, der Oberstaatsanwalt würde seinen Untergebenen wegen seiner ungläubigen Argumentation rüffeln und sofort das Verfahren gegen Thiele einleiten. Er hatte auch als Nichtsozialdemokrat zur Justiz alles eher denn Vertrauen. Aber daß die Antwort des Oberstaatsanwalts derartig ausfallen würde, das hat er doch nicht erwartet. Der Erste Staatsanwalt hatte wenigstens zugegeben, daß M. als völlig Unschuldiger von Thieles Säbel getroffen worden sein könne, hatte zugegeben, daß M. das Bestreben gehabt habe, aus der Menge, in die er zufällig geraten, herauszukommen, und hatte schließlich sogar zugegeben, daß Thiele sich geirrt haben könne, daß der Säbelstich einer ganz anderen Person gegolten haben könne!

Von alledem ist in der Antwort des Oberstaatsanwalts keine Rede mehr. Er sagt kurz und bündig:

Sie sind von dem Polizeikommissar geschlagen worden, also sind Sie schuldig!

Ist das nicht überzeugend? Aber damit nicht genug. In den neun Wochen hat der Oberstaatsanwalt noch mehr entdeckt. Matschinsky war außer von Thiele auch noch im Domnolauen von einem zweiten Polizisten geschlagen worden. Er hatte, als er den ersten Säbelstich weg hatte, erschreckt die Hände über den Kopf gehalten; das sah jedenfalls ein Polizist als „drohende Gebärde“ an und schlug nochmals auf ihn ein, schlug ihn über Hände und Ohren. Der Erste Staatsanwalt hatte das auch als feststehend angesehen, aber zur Entschuldigung für die Säbelstichlager angeführt, daß die Beamten wohl nicht gemerkt hätten, daß M. im Begriff war, sich zu entfernen.

Was aber tut der Oberstaatsanwalt? Er sagt: Sie haben an Ihrem Kopfe nur eine Verletzung, also sind Sie auch nicht geschlagen worden!

Würden wir diese Antwort kritisieren, würde sich die Staatsanwaltschaft wieder beleidigt fühlen. So enthalten wir uns denn jeder Kritik. Wissen wir doch, daß sich die Öffentlichkeit schon ihr eigenes Urteil bilden wird. Bemerkten wollen wir lediglich, daß M. jetzt die Entschuldigung des Ministers anrufen wird, und daß wir die beiden Antworten im preussischen Abgeordnetenhaus verlesen lassen werden, damit die Welt einmal sieht, wie schwer es in Breslau ist, gegen einen Polizisten zu seinem Rechte zu kommen.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau

nahm in seiner gestrigen Mitgliederversammlung im Saale des Gewerkschaftshauses zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen Stellung. Genosse Neukirch wies in seinem Vortrage auf den Wert unserer kommunalen Betätigung hin. Ueber die Notwendigkeit der Wahlbeteiligung sind heute alle Genossen einig. Hierauf schloß er die Entwicklung der Parteiverhältnisse in den neun Bezirken der dritten Abteilung, in denen diesmal insgesamt vierzehn Stadtverordnete zu wählen sind. Nachdem im Jahre 1899 zum ersten Male zwei Sozialdemokraten ins Breslauer Stadtparlament gewählt wurden, gelang es vor zwei Jahren, deren Zahl auf sechs zu vermehren. Bei entsprechender Arbeit werden die diesmaligen Wahlen sicher eine weitere Vermehrung der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Mandate mit sich bringen. Redner sprach die Hoffnung aus, daß es die Genossen in allen Stadtbezirken an treuer Pflichten-Erfüllung nicht fehlen lassen, um die Partei zu neuen Erfolgen zu führen. (Beifall.)

Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Genosse Döbe wies nur noch darauf hin, daß die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen die Oberstufe der nächstjährigen Reichstagswahl sein müssen. Es werde ein gewaltiger moralischer Erfolg für unsere Partei sein, wenn wir am Tage nach der Wahl werden berichten können, daß mehrere Sozialdemokraten gewählt und kein bürgerlicher Kandidat im ersten Wahlgange durchkommen konnte. (Beifall.)

Hierauf wurde das Wahlkomitee gebildet, in das die Genossen Herrmann, Hoffmann, Reilich, Wisel, Döbe, Neukirch, Schaller, Schütz und Vogel gewählt wurden. Es gelangten noch einige Wortbeiträge mittelstae Anwesenden zur Behrnehmung.

Der Kampf um die Unfallrente.

Der Arbeiter Mataschinsky in Gantzh hat durch einen Verletzungsfall am 10. November vorigen Jahres eine Rippenquetschung davongetragen. Am 27. November, also 17 Tage später, starb er in seiner Verletzung die Treppe herunter und brach ein Bein. Der Mann beantragte die von der Tiesbau-Versicherungsgesellschaft für beide Unfälle, wurde aber mit seinem Anspruche abgewiesen. Der Verletzte berichtigte sich nicht mit dem Bescheide, er klagte vor dem Schiedsgericht für Arbeiter-Verletzungen mit dem Antrage, die Versicherungsgesellschaft zu verurteilen, seinen Anspruch anzuerkennen. Er führte in der mündlichen Verhandlung an, er wäre sicherlich die Treppe nicht heruntergefallen, wenn er nicht vorher den Unfall erlitten hätte. Da somit die Verletzung die Ursache des zweiten Unfalles sei, so müßten beide Unfälle entschädigt werden. Das Reichsversicherungsamt entschädigt Unfälle ausserhalb des Betriebes nur dann, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhang mit vorher erlittenen Betriebsunfällen zu bringen sind. Der Arzt begutachtete, daß die Rippenquetschung den Sturz nicht veranlaßt haben könne, der Mann sei infolge einer überstandenen Krankheit, die mit der Quetschung nicht in Verbindung steht, gewiß noch schwach gewesen und die Schwäche sei an dem Falle schuld. Der arme Mensch wurde abgewiesen, er erhält weder für den ersten, noch für den zweiten Unfall eine Rente.

Der Ingenieur Sendeibach in Charlottenburg hatte im Monat März 1909 in Waldenburg einen Bau auszuführen. Beim Betreten des Baues ist er infolge Stütze-Verfallens gefallen und mit dem Hinterkopf auf das Straßengestühl gestürzt. Bei dem Verstoß, sich mit der Hand aufzurichten, verstauchte er sich die Hand. Erst später verstauchte er sich die Hand. Die Tiesbau-Versicherungsgesellschaft brachte den Verletzten in verschiedene Sanatorien zur Beobachtung seines Zustandes, da er über Nerven-Verletzung klagte. Der begutachtende Arzt stellte das Urteil dahin auf, daß der an sich nicht gerade erhebliche Unfall das Nervenschlimme nicht herbeiführt habe, die Krankheit sei vielmehr durch ganz andere Umstände erfolgt. Da jedoch nicht feststehe, ob dieser Zustand schon vor dem Unfall bestanden habe, läßt der Arzt für eine Rente von 40 Prozent. Auf Grund des Gutachtens wies die Versicherungsgesellschaft den Ingenieur aber vollständig ab. Seine Verurteilung vor dem Schiedsgericht war erfolglos.

Der Kutscher Kalusche in Briesg, ein noch junger Mann, erlitt durch einen Fußschlag ins Gesicht eine recht schwere Verletzung. Das rechte Auge wurde ihm herausgeschlagen, aber auch sonst waren Gesichtsteile verletzt. Der Arzt hielt eine Unfallrente von 40 Prozent für notwendig, die Kutscher-Versicherungsgesellschaft bewilligte ihm aber nur 25 Prozent. Eine so lägerliche Rente für einen so schweren Unfall war selbst dem Vorstehen für gering. Der Mann erhielt 35 Prozent.

* Opfer des „General-Anzeigers“.

Wegen Verbrechen wider das feimende Leben war eine Arbeiterfrau aus einem Dorfe des Liegnitzer Kreises angeklagt. Es handelte sich um ein sogenanntes Blutstimmungsmittel, das die Frau im „Breslauer General-Anzeiger“ angepriesen gefunden hatte. Sie bestellte das Mittel schriftlich. Die Korrespondenz der „weisen Frau“ wurde jedoch wegen einer anderen Sache beschlagnahmt und dabei fiel auch die Adresse der Angeklagten der Behörde in die Hände. Das Urteil lautete unter Zubilligung mildernder Umstände auf sieben Wochen Gefängnis. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. — Ob die Frau den „General-Anzeiger“ noch weiter lesen wird? Wir glauben nicht.

* Achtung, Maurer! Diejenigen Kollegen, die den Rest ihrer Unterstützung am Donnerstag resp. Freitag nicht abgeholt haben, machen wir darauf aufmerksam, daß Sonnabend, den 2. Juli, der letzte Tag der Abholung ist. Spätere Unterstützungsansprüche können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Ortsverwaltung.

* Für die Maurer der Zahlstelle Partick findet Sonntag, den 3. Juli, Nachmittags 8 Uhr, in Riedels Restaurant eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Bachmann. 2. Verschiedenes.

* Achtung, Zimmerer! Die Auszahlung der letzten Streifenunterstützung erfolgt Montag, den 4. Juli, Nachmittags von 6 Uhr an. Wer noch Unterstützung erhält, muß seine Kontrollkarte bis spätestens Sonnabend, den 2. Juli, Abends, im Bureau der Zahlstelle abgegeben haben, weil nach diesen die Quittungen ausgereicht werden müssen. Die Lokalverwaltung.

Der Ortskrankenkassen-Verband hielt am Freitag auf Anregung der Vertrauensmänner-Kommission eine gemeinschaftliche Sitzung der Kassenvorsteher und der Verbandsvorsteher ab. Es standen wichtige Fragen auf der Tagesordnung. Die Kassen beklagen sich über zu große Ausgaben für Arzneien und Heilmittel. In der Vertrauenskommission wurde die Sache eingehend besprochen, die Ärzte zeigten dafür viel Interesse. Sie legten ihrerseits eine Kommission ein zur Prüfung der Rezepte. In der Sitzung erstattete Dr. J. Schlesinger über das Resultat der Prüfung Bericht. Der Arzt konstatierte, daß tatsächlich Ersparnisse gemacht werden könnten, die sich durch eine sorgfältige Prüfung ergeben, daß vielfach zu teure Medikamente verschrieben werden, das liegt zum Teil an der Mangel der Kassen, wie auch an den erhöhten Ansprüchen der Kassennutznutzer. Die Apotheker berechnete ein Medikament einmal teurer, das andere Mal billiger. Es müßten die Medikamente, die im Handverkauf zu haben sind, wie auch die sogenannten P. S.-Präparate (aus der Apothekergesellschaft von Polen und Schlessen) zusammengestellt und weitere Prüfungen von Rezepten vorgenommen werden. — Dadurch könnte Remedur geschaffen werden.

Die Kassenvorsteher haben ihrer Befriedigung Ausdruck aber das Bewußtsein der Notwendigkeit, Wandel einzutreten zu lassen im Interesse der Kassen und eruchten sie, in diesem Bestreben fortzuführen. Es wurde beschlossen, die bestehende Kommission zu erweitern. Der Vertreter der Schneiderkasse brachte vor, daß in diesem Jahre die Ausgabe für Medikamente um die exorbitant hohe Summe von 29.000 Mark gewachsen sei. Die Steigerung sei nur zum Teil der Vermehrung der Mitglieder zuzuschreiben. Ueberdies müsse eine Verbilligung der ärztlichen Verordnungen eintreten. Eine andere Angelegenheit der Beratung betraf die chirurgische Spezialbehandlung. Der Spezialarzt für Chirurgie Dr. Gottschlich erklärte, daß die Krankheitsfälle das Maß des Möglichen übersteigen, im Durchschnitt habe er täglich 19 Kranke zu behandeln, wenn man berücksichtigt, daß in einzelnen Fällen operative zeitraubende Eingriffe zu machen und komplizierte Verbände anzulegen sind, so erscheint ein Nachlassen der Besuche geboten. Bei leichteren Fällen sollten die Betriebe die Verletzungen nicht gleich zum Chirurgen schicken. Dr. Werther bemerkte, daß leichtere chirurgische Fälle auch vom Rassenarzt behandelt werden können, bei schweren allerdings sei der Spezialarzt aufzusuchen.

Vom neuangeordneten Licht-, Luft- und Sonnenbad berichtete Herr Wille, daß seit Bestehen des Bades von den Ärzten mehr als 700 Fälle vertrieben worden sind. Als Delegierter des Rassenverbandes für die Jahresversammlung der Ortskrankenkassen Deutschlands in Regensburg wurde Herr Scholich gewählt.

* „R. V.“ unternahm Donnerstag Nachmittags 5 Uhr trotz des Regens einen Ausflug mit Passagieren und fuhr auch ein Stück in die Stadt hinein. Heute Donnerstag mußte wegen böiger Winde eine Spazierfahrt unterbleiben, doch hofft man, daß sich im Laufe des Nachmittags der Wind wieder legt. Hauptmann Dinglinger ist unermüdlich im Gatten von erkrankten Borträgen. — Wille für die Durchführung für organisierte Arbeiter sind zum Preise von 15 Pf. (sonst 30 Pf.) Sonntag Abend von 6 Uhr an im Gewerkschaftshaus zu haben.

* Aus dem Kunstgewerbe-Museum. Die Bibliothek ist in den Monaten Juli und August nur in den Vormittagsstunden, also Montag bis Sonnabend von 10—2 Uhr, Sonntag von 11—2 Uhr geöffnet.

*** Der Hunger auf dem Vormarsch.** Trotzdem die Kräfte hinter uns liegen, und die Bergherren wieder geradezu goldene Zeiten haben (Schlimme Zeiten hatten sie ja noch nie.), wird den Bergarbeitern der Hunger immer noch um ein Loch enger geschnallt. Aus der amtlichen Nachweisung des Reichsarbeitsblattes geht hervor, daß selbst noch im ersten Quartal 1910 der Lohn herabgesetzt wurde. Der Durchschnittslohn betrug pro Arbeiter und Schicht im niederschlesischen Bergbaubezirk im ersten Quartal 3.22 Mark gegen 3.26 Mark im vierten Quartal 1909. Im vierten Quartal 1909 betrug der Durchschnittslohn pro Kopf 248 Mark, im ersten Quartal 1910 aber nur 235 Mark. Der Hauverlohn sank von 3.47 Mark im vierten Quartal 1909 auf 3.15 Mark im ersten Quartal 1910. Die Bergherren können zur Rechtfertigung dieser weiteren Lohnherabsetzung nicht wieder Mangel an Kohlenabsatz geltend machen, wie dies in der vorausgegangenen Periode der wirtschaftlichen Krisis der Fall war; denn sie haben in einem einzigen Vierteljahr nicht weniger als 750 Lokomotiven, die aus anderen Provinzen herangezogen wurden, neu eingestellt. Die Gesamtleistung wuchs von 27.980 im vierten Quartal 1909 auf 28.734. Es hat den Anschein, als ob man durch diese massenhafte Heranziehung von Arbeitern künstlich einen Kohlenvorrat erzeugen wollte, um dann Lohnreduktionen „mit dem schlechten Absatz“ zu begründen. Im zweiten Quartal 1910 sind die Lohnverhältnisse für die niederschlesischen Bergleute noch drückender geworden. Die Bergherren sollten doch etwas vorsichtiger sein, sonst könnte der Wagon so weit überspannt werden, daß er bricht, und zum zweiten Male werden die Herren mit so heftiger Haut nicht daherkommen, wie im 1909. der Fall war.

Für die Bergleute entsteht aus der massenhaften Heranziehung von Arbeitern aus politisch und wirtschaftlich rückständigen Provinzen die dringende Pflicht, ihre Kameraden über das Treiben der Bergherren aufzuklären, und die Reihen ihrer Berufsorganisation zu füllen. Den Versuch der Bergherren, den Lohn immer noch weiter zu schmälern in einer Zeit, wo die Lebenshaltung geradezu unerträglich teuer wird, kann nur eine starke, eintige und kapitalkräftige Bergarbeiterorganisation entgegenreten. Für die Bergleute gilt es, die jetzt kommende Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges aufs allergründlichste auszunützen, um ihre mehr als dürftigen Lohnverhältnisse einigermaßen auszubessern, und von dem großen Segen des Aufschwunges wenigstens auch einen kleinen Happen abzutrinken.

*** Gewerkschaftskartell Breslau.** Heute, Freitag, den 1. Juli, Abends 8 Uhr, in der Saalstraße des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, Kartell-Sitzung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Banarbeiterbewegung. 2. Stellungnahme zu den bestehenden Differenzen zwischen dem Transportarbeiterverband und der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhändler.

*** Vom Holzarbeiter-Verband.** In der am Mittwoch im Gewerkschaftshaus abgehaltenen nur schwach besuchten Mitgliederversammlung erstatteten die Delegierten des Münchener Verbandes Seibold und Kraft den Bericht. Trotz der Reisefahrt hat der Holzarbeiterverband, wie auf dem Verbandstage festgestellt wurde, gute Fortschritte gemacht. Durch die Tarifverträge seien für einen großen Teil der Mitglieder wesentliche Vorteile erzielt worden. Bei den Lohnbewegungen seien Erfahrungen gemacht worden, die bei kommenden Bewegungen gute Dienste leisten werden. In Bezug auf die Tarifverträge stand der Verbandstag auf dem Standpunkt langfristiger Verträge. Die kurzfristigen können nur den Arbeitgebern nützen. Wo nicht besonders zurückgebliebene Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine Ausnahme rechtfertigen, sollen Verträge von längerer Dauer als vier Jahre nicht mehr abgeschlossen werden. Im nächsten Jahre laufen eine Anzahl Tarifverträge ab, auch in Breslau, wobei 19.000 Kollegen in Frage kommen. Einen breiten Raum nahm die Beitragsfrage ein. Es machte sich eine Opposition gegen die Erhöhung der Beiträge geltend, allgemein verlangte man die Einführung von Staffelbeiträgen, welchem Verlangen der Hauptvorstand nicht zustimmen konnte. Der Einheitsbeitrag wurde beibehalten und auf 60 Pf. erhöht, wogegen die Unterhaltungsbeiträge erhöht wurden. Wenn bekannt werde, die Großstädte hätten die Staffelbeiträge erwidert, bemerkt Seibold, so treffe dies keineswegs zu. Von den kleineren Zweigvereinen haben 72 Proz. gegen die Staffelbeiträge gestimmt, von den größeren nur 49 Prozent. Bezüglich der Mafseier, die auf dem Verbandstage auf der Tagesordnung stand, sprach sich Seibold dahin aus, daß die bisherige Form nicht mehr beibehalten werden könne, wie auch auf dem Verbandstage vielfach hervorgehoben wurde. Es sei notwendig, die Feier auf den dem 1. Mai folgenden Sonntag zu verlegen. Die Reibemontstration werde uns den Achtundzestag nicht bringen, er muß von den Gewerkschaften Schritt für Schritt erkämpft werden. Der Verbandstag beschäftigte sich auch mit der Zuwanderung und verpflichtet die Ortsverbände und Vertretungsmänner des Verbandes in allen Orten, die in den Betrieben der Holzindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter über die Verhältnisse des Verbandes aufzuklären und sie nach Möglichkeit für den Verband zu gewinnen. Lehrlinge sind von der Aufnahme in den Verband ausgeschlossen. Kraft berichtete über die Beschäftigung des Arbeitsmarktes und den Besuch der Handwerkerschule und Lehrlingswerkstätten seitens der Delegierten. München sei in Bezugung der Lehrlingsausbildung weit vorgeschritten. Die Einrichtungen seien mangelhaft, es wäre zu wünschen, daß auch in Breslau derartige geschaffen würde. Lebhaftes Bedauern drückten die Breslauer Delegierten darüber aus, daß von Breslau ein Protest gegen die Breslauer Delegation eingeleitet worden sei. Es sei dies der einzige Protest auf dem Verbandstage gewesen. Die Mandatsprüfungskommission habe das Schreiben als Mache erklärt und man sei darüber zur Tagesordnung übergegangen. In der Debatte übte besonders Logar Kritik an den Verhandlungen. Er ist mit langfristigen Tarifverträgen durchaus nicht einverstanden. Die Einführung von Staffelbeiträgen hielt er für eine Notwendigkeit, früh oder spät werden sie doch kommen müssen. An der Mafseier sollte man nicht rütteln. — Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt.

*** Der Zentralverband der Schuhmacher** hielt am Mittwoch, den 29. Juni, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher der Delegierte über die Verbandsstags-Verhandlungen Bericht erstattete. Die Diskussion war eine sehr lebhafte und lebensschäftliche, sie ging bei einigen Rednern über die erlaubten Grenzen hinaus. Zum Schluß legte der Referent nochmals die einzelnen Motive der Beschlüsse klar, und forderte die Mitglieder zur weiteren Mitarbeit im Interesse der Organisation auf. Gegen 12 Uhr fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

*** Achtung, Altpolizei und Schwarzbecker!** Eine Sektionsversammlung mit äußerst wichtiger Tagesordnung findet Sonntag, den 3. Juli, Vormittags 11 Uhr, im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses statt.

*** Achtung, Studatoure!** Sonntag, den 3. Juli, Vormittags 10 Uhr: Versammlung. Erscheinen eines jeden ist Pflicht. Den Arbeitslosen zur Nachricht, daß in Gleiwitz, Bahnhofsstraße 12, bei Heinrich Studatoure gesucht werden.

*** Die Besucher unserer Freilichtspiel-Feier am Sonntag** Abend 6 Uhr werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach den künstlerischen Darbietungen ein köstliches Tanzkonzert folgt. In der gestrigen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde von einigen Genossen gesagt: „Bei den Veranstaltungen des Bildungsausschusses ist es ja immer so voll.“ Das trifft auf die Sommer-Veranstaltungen nicht zu. Im Gegenteil! Es sind also noch reichlich Programme à 20 Pf., in der „Volkswacht“, bei den Distriktsführern und an der Kasse zu haben.

*** An den Stadterordnetenwahlen** nimmt die Demokratische Vereinigung in einer Versammlung Stellung, die Montag Abend bei Bierger, Neue Gasse 25, stattfindet. Gäste sind willkommen.

*** Ein rechter Geschäftsmann!** Der Kaufmann (Gemüsehändler) Robert Scholz von hier liefert seit zwei Jahren für ein hiesiges Weinrestaurant das Gemüse für die Küche. Er erließ an diesem Zwecke täglich bei dem Küchenmeister und nahm die Bestellung entgegen. Bei der Ablieferung übergab er diesem einen Zettel, auf dem die gelieferten Waren und der Preis aufgeschrieben waren. Neben die Waren quantifizierte der Küchenmeister mit seinem Namen. Auf Wunsch des Händlers legte der Küchenmeister diesen Namen ganz unten an den Rand des Zettels, so daß ein breiter Raum zwischen Warenbezeichnung und Unterschrift frei blieb. Der Händler beanstandete diese Maßnahme mit der Erklärung, daß es häufig vorkommt, daß Nachbestellungen gemacht würden. Um diese auf diesem Zettel noch einzutragen, müßte genügend Raum vorhanden sein. Der Händler legte dann in den letzten Raum gewöhnlich eine Menge von Waren ein, die er gar nicht geliefert hatte. Er ging dabei anseits drei an Werke. 10-20 Zentner Kartoffeln zum Beispiel oder große Quantitäten Aranas usw. Quantitäten sehr häufig auf den Zetteln als geliefert, während sie in Wirklichkeit nicht geliefert waren. An der Kasse ließ sich dann der Händler den angelegten Preis anschauen, er erhielt ihn auch stets anstandslos eingehändigt. Schließlich aber kam das Mandat doch heraus und der 55 Jahre alte Mann mußte deshalb unter der Anklage der Unterschlagung und des Betruges vor der ersten Strafkammer erscheinen. Die Anklage ist ihm nicht mehr ganz fremd. Er ist bereits zweimal wegen Betruges bestraft. Die Sache stand deshalb für ihn sehr schlimm, denn Rückfallbetrag ist mit Zuchthaus bedroht. Nur die Tatsache, daß er ein offenes Geständnis ablegte und die Leichtgläubigkeit, mit der ihm seine Mandate, dank der Unachtsamkeit des Restaurationspersonals, gestickt waren, bewahrte ihn nochmals vor dem Zuchthaus. Das Urteil lautete, wie die „Breslauer Morgen-Blätter“ berichtet, auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Den größten Teil des erschwerten Gewinns — über 2000 Mk. — verschwendete er.

*** Immer wieder die Fleischwagen!** Die feivole Schnellfahrende dieser Fleischwagen hat heute früh wieder ein Opfer gefordert. Um die Ede-Blauhafer und Stadigraben fuhr der Rutscher der Fleischerei von Gustav Tschirn, Wabigstraße 31, in derart schnellem Trab, daß eine arme Frau mit einem Kinderwagen nicht mehr ausweichen konnte, sondern überfahren wurde. Hierbei wurde nicht nur ihr Wagen zertrümmert, sondern sie selbst auch noch schwer verletzt. Das rasende Fahren der Fleischwagen wird es noch dahin bringen, daß das Publikum ebenfalls rücksichtslos wird und unachtsamlich jeden an schnell fahrenden Fleischwagens sich notiert und der Polizei anzeigt.

*** Verunglückter Soldat.** Auf der Neuen Schweißniederstraße wurde am 29. v. M. ein Musketier, der von einem noch in Verwendung befindlichen Straßenbahnzuge abstram und über den Straßendam nach dem Trottoir fiel, von einem in diesem Augenblicke vorüberfahrenden Automobil umgerissen und überfahren. Das Automobil lud den Verunglückten auf und brachte ihn nach dem Garnisonlazarett, wo ärztliche Hilfe nur Armbrech festgestellt wurde, so daß der Soldat sich verhältnismäßig wohl befindet.

*** Wasserleiche.** Die Leiche der Frau, welche am 25. d. M. an der Filialbrücke in die Oder sprang und ertrank, ist heute früh gelandet und als die einer Verkäuferin von der Goldsteinstraße ermittelt worden.

*** Grober Unfug.** Wieder einmal hat ein Tangentisch sich den Spaß gemacht, die Feuerwehr unnötig zu alarmieren; Donnerstag Abend gegen 8 1/2 Uhr ist der Feuerwehler Neufstraße 61 ebdwilling gerufen worden. Einmalige Augenzeugen oder sonstige Personen, die Mitteilungen über den Täter machen können, werden ersucht, sich im Zimmer 54 des Polizeipräsidiums zu melden.

*** Fundfächer.** In der Zeit vom 8. Juni bis 20. Juni er sind in den städtischen Amtsstellen, Verkehrsämtern u. folgende Gegenstände gefunden worden: im Schlafhof: ein Kinderbein, ein Sammelkopf; in der städtischen Straßenbahn: ein Paar braune Handschuhe, eine graue Herrenmütze, ein Paar Damenbeinkleider, ein Handtäschchen enthaltend 51 Pf., ein Paar braune Lederhandschuhe, ein schwarzer Damenschirm, ein Damenschirm, ein heller Damenschirm, ein Paket enthaltend 2 Tischläufer, ein Hüftmarktschein, ein Taschentuch, ein Buch mit schwarzem Einband, ein Portemonnaie enthaltend 7 Mk., ein Regenschirm, ein Damenregenschirm, ein Paket enthaltend Flaschengen, ein graues Portemonnaie mit 88 Pf., ein schwarzer Regenschirm, ein Damenregenschirm, ein Etuizeug.

*** Gefunden** wurden ein Birccene mit Hornfassung, eine Schirmhülle mit 4 Schirmen, ein goldenes Vincenz im Futteral, ein Karton mit Kleidungsstücken, ein Anstandspfad, eine goldene Herrenuhr mit Monogramm und langer Kette, zwei Portemonnaies mit Inhalt. In einem Schloßmann auf der Messergasse wurden drei leere Portemonnaies, anscheinend von Taschendiebstählen her-rührend, aufgefunden. Abzuholen: Fundbüro.

Neueste Nachrichten.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Abn., 30. Juni. In einer Versammlung der Banarbeiter wurde gestern dem Schiedsgericht, der eine Stundenlohnherabsetzung von einem Pfennig für dieses Jahr vorseht, unter dem Vorbehalt zugestimmt, daß die Unternehmer demnach eine Erhöhung des Lohnes gewähren. Die christlichen Banarbeiter nahmen eine Resolution an, in der die Erwartung ausgesprochen wird, die Abnehmer Unternehmer würden bei den demnächstigen heilenden Verhandlungen entsprechend den Wünschen des Schiedsgerichts den Arbeitern Teuerungszulagen zubilligen. Vorläufig wird es hier nicht zur Niederlegung der Arbeit kommen.

3 1/2 Jahre unschuldig im Zuchthaus!

Dortmund, 1. Juli. Das Schwurgericht sprach im Wieder-aufnahmeverfahren den Kellerer Karl Bremer von der Anklage des zweifachen Straßenraubes frei. Bremer wurde seinerzeit zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, wovon bereits 3 1/2 Jahre verbüßt sind.

Graf Zeppelin über den Unfall des J. VII.

Berlin, 1. Juli. Graf Zeppelin schildert den Unfall der „Deutschland“ einem Mitarbeiter des „N. N.“ wie folgt: Die „Deutschland“ ist durch einen außerordentlich starken Auf-wirbel bis zu einer Höhe von 1250 Meter emporgerissen worden und hier durch einen starken Schneefall, eine für die jetzige Jahreszeit ganz seltene Erscheinung, außerordentlich be-lastet worden. Beim späteren Fallen blieb das Fahrzeug immer in Wolken gehüllt, jedoch sehr hell erst im letzten Augenblick bemerkbar konnte, daß der Ballon gegen einen Berg getrieben wurde. In vollkommen sachgemäßer Weise wurde das Luftschiff scharf mit der Spitze nach oben gestellt, damit man unter gleichzeitiger Einwirkung des Höhenleiters des Hindernis noch überfliegen konnte. In diesem kritischen Augenblicke aber hörte der vorbereitete Motor auf, zu arbeiten, so daß weder das

Antreiben verhindert, noch das Luftschiff vom Baura herabgeworfen werden konnte. Es hat sich nun herausgestellt, daß alle drei Motoren vollständig intakt geblieben sind. Wahrscheinlich der Unfall, daß bei der Zerschlagung des Motors nicht mehr genügend Benzin ankam, sei das Verlegen der Motore her-beigeführt. Benzin war übrigens noch in genügender Menge vorhanden. Neben anderen Luftschiffe wäre unter diesen Um-ständen genau dasselbe passiert. Graf Zeppelin meint, daß das neue Gerippe in etwa acht Wochen fertiggestellt sein würde, so daß also schon im September die Fahrten der „Deutsch-land“ wieder aufgenommen werden können. Ganz be-sonders betonte Graf Zeppelin, daß es tatsächlich der erste Fall gewesen sei, bei dem ein starrer Ballon während der Fahrt dem Sturm zum Opfer gefallen ist. An seinem Glauben für die zukünftige Entdeckung des Luftschiffverkehrs mit star-ren Fahrgestirgen hält Graf Zeppelin unerschütterlich fest. Man habe jetzt sehr viel gelernt. Wenn man es sich zur Richtschnur nehme, stets nur verminderte Fahrgeschwindigkeit in Rechnung zu ziehen, also auf das Ver-sagen eines Motors zu rechnen, werde sich der rechte Augenblick finden, bei starker werdendem Winde und zweifelhaftem Wetter umzulehren.

Unruhen bei einer Einrichtung.

Paris, 1. Juli. Heute Morgen 5.50 Uhr wurde der ehemalige Schuhmacher Labocq, der am 1. Januar d. J. einen Posteri-agenten erlöset und drei andere schwer verletzt hatte, durch den Schlichter hingerichtet. Im Hinblick auf die zu erwartenden Stundgebungen hatte die Polizei einen außerordentlichen Ordnungsbienst eingerichtet. Selbst für die Journalisten waren besondere Passierscheine für diese Nacht ausgeben worden. Um 2 und 3 1/2 Uhr versuchten die Manifestanten vergebens Vorstöße gegen die Polizei, wobei es zu lebhaften Zusammenstößen mit der Polizei kam. Aus der Menge der Manifestanten fielen Revolver-schüsse, durch die ein Polizeigegner leicht verletzt wurde, während ein Inspektor der Reservebrigade einen Streifschuß am Hals erhielt. Zahlreiche Verhaftungen wurden von der Polizei vorgenommen. Um 3 Uhr 50 Min. war das Urteil vollstreckt.

Polenagitation gegen Rußland.

Washington, 1. Juli. Die amerikanischen Polen stellten hier einen Konars ab, auf welchem folgende Resolution zur Annahme gelangte: Die selbständige Politik einer Nation ist die not-wendige Voraussetzung für ihre Existenz und Entwicklung. Ruß-land enthält 1/3 des historischen und 2/3 des ethnographischen Ter-ritorioms der Polen. Es ist als Hauptgegner der Polen anzusehen. Eine Erhebung der Polen gegen Rußland im Falle eines Krie-ges dieses Staates mit einer anderen Macht würde eventuell von Erfolg gekrönt sein können.

Mannheim, 1. Juli. Der 23jährige Lehrer Anton Bauer von Freudenheim wurde gestern von der Staatsanwaltschaft wegen Sitt-lichkeits-Verbrechens an schulpflichtigen Mädchen zu drei Jahren Gefängnis und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wasserstandsrichten der Oder.

Stapel	in Pegel	in Höhe	Messe		Brieg		Breslau		Gib.	Eckman	
			1. u. 2.	3. u. 4.	1. u. 2.	3. u. 4.	1. u. 2.	3. u. 4.			
1.	7.	1.58	1.03	2.48	1.84	1.78	1.54	2.15	1.40	1.16	1.16
20.	30.	1.40	1.02	2.18	1.80	1.61	1.46	1.84	1.29	1.58	1.38
Mittel		1.85	1.08	2.12	1.42	1.40	1.27	1.47	1.38	1.61	1.50

*) Aufschwungshöhe 4, Kottwitz 3, 30; 1. Tschelch (Oder) Dyle-Niederung 3, 25.

Versammlungen und Vereine.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Mikolajstraße 18/19.
Sprechst. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonn- und Feiertagen).

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 1. Juli:
Deutscher Anruf. Zimmer 2.
Stenotypographen. Zimmer 3/5.
Sonnabend, den 2. Juli:
Stiftungsfest des Transportarbeiter-Verbandes.
Sonntag, den 3. Juli:
Freilichtspiel-Feier. Musik- und Gesangs-Vorläge, Regitationen, Gedentanz, gemeinsamer Gesang. Nachher: Tanz-konzert. Programme à 20 Pf. in der „Volkswacht“ und bei den Distriktsführern.
Machinisten u. Feiger. Nachmittags 2 Uhr: General-Versammlung. Zimmer 1. Vortrag des Kollegen Bürgerl Dresden.
Altpolizei u. Feiger. Vormittags 10 Uhr: Versammlung im Billard-zimmer.
Stenotypen. Vormittags 10 Uhr: Versammlung. Zimmer 1.
Stenotypen und Steinbruder. Bezirksstag. Zimmer 3.
Steinarbeiter. Vormittags 10—12 Uhr: Kaffeestunde im Zimmer 7.
Montag, den 4. Juli:
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
Donnerstag, den 7. Juli:
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikte 8 und 9 a.
Sonntag, den 10. Juli, findet ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Malsb., Station Hochkirch, statt. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Die Abfahrt erfolgt per Kleinbahn früh 9 Uhr. Genossinnen und Genossen anderer Distrikte sind herzlich willkommen.
Distrikt 14 (Ochauer Tor).
Montag, den 4. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer. Abrechnung über die Karten vom Ausflug. Aus-gahlung der „Volkswacht“-Abonnenten. Verschiedenes.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sant).
Reinhardt.
Land-Distrikt 18. Sonntag, den 8. Juli, findet eine Agi-tation für die „Volkswacht“ von Distriktslokal aus statt. Alle Genossen des Distriktes sind hierzu dringend eingeladen.
Der Distriktsführer.
Land-Distrikt 14. Sonntag, den 3. Juli, früh 6 1/2 Uhr: Flugblattverteilung. Ausgabe bei Holz.

Stabelwiz. Verband der Fabrikarbeiter. Sonntag, den 3. Juli, Nachmittags 5 Uhr: Öffentliche Gewerkschaftsversammlung im Saal von Holz. Tagesordnung: Die Lehren der letzten wirtschaftlichen Krisis. Referent: Th. Richter-Breslau.

Weißzahn's präp. Hahnenauge

Beste Kindernahrung

Der Milch zugesetzt, gestaltet die Kinder prächtig.
Es wirkt blutbildend, gibt straffe Muskeln und stärkt
wegen des hohen Gehaltes an Nährstoffen das Wachstum.
Sowohl empfohlen. — Niederlagen durch Plakate kennlich.

Am 29. v. Mts. verstarb nach kurzem Krankenlager meine Hebe Frau, unsere heizungsgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Anna Schuppe, geb. **Schmedche**
 im Alter von 44 Jahren.
 Um stille Teilnahme bittet
Ernst Schuppe nebst Kindern.
 Beerdigung: Sonnabend, den 2. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Posenerstrasse 53, nach Cosel.

Am 28. Juni starb plötzlich unser werter Kollege, der Stellmacher
Wilhelm Arndt
 im Alter von 49 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Stellmacher und Tischler der Waggonfabrik Gebr. Hoffmann A.-G.
 Beerdigung: Sonnabend, 2. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Grabschen.

Trauer-Hüte
 in grösster Auswahl zu billigen, festen Preisen.
M. Tichauer, 2939
 Rouschestr. 47, part. u. I. Etage.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Gewerbegehilfen und Arbeiter in den Fabriken zu Liegnitz.
 Die Geschäftslokale unserer Kasse befinden sich von Montag, den 4. Juli cr.
Bäckerstr. Nr. 9, ptr.
 Von diesem Tage an haben sämtliche Krankmeldungen und die von der Kasse zu leistenden Zahlungen dort zu erfolgen. Die An- und Abmeldungen der Versicherenden haben seitens der Herrn Arbeitgeber nach wie vor Altes Rathaus, Zimmer Nr. 6, zu erfolgen.
Der Vorstand.

Den geehrten Parteigenossen von Sandberg und Umgegend
 erlaube ich mir gefl. anzuzeigen, daß ich meine Tischlerei von Nieder-Salzbrunn nach Sandberg verlegt habe und erlaube um geeigneten Zuspruch.
Hermann Maywald, Tischlermeister,
 Sandberg, Schulstr. Nr. 14.
 3298

Telephon 4374. **Photographisches Atelier** 4374.
Emil Schroeder
 Hauptgeschäft: Friedrich-Wilhelmstr. 60/62, Zweiggeschäft: Berliner Chaussee 111, gegenüber dem Schlachthof, empfiehlt sich seinen werten Kunden bei Bedarf.
 Spezialität: Kinderaufnahmen und Vergrößerungen.
 3298 Sonntag den ganzen Tag geöffnet.
Emil Schroeder, Photograph.

Geschäftsübernahme.
 Hierdurch mache ich dem werten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich das
Zigarrengeschäft von Johann Kawa, Leuthestr. 40,
 käuflich übernommen habe und bitte um gütige Unterstützung.
Johann Kawa's Nachfg. Hugo Folke.

Arbeiter, Maurer, Zimmerleute
 erhalten die beste
Arbeiter-Konfektion
 zu billigsten Preisen. 3302
Dittmar Hamburger, Friedrich-Wilhelmstr. 88.

Bitte anschneiden!
Arbeiter-Radfahrer-Verein
 Breslau.
 Tourer für Monat Juli 1910:
 Sonntag, den 3. Juli: Nachmittags-tour nach Lohr. Abfahrt nachm. 3 Uhr. Treffpunkt: Kleinberg.
 Sonntag, den 10. Juli: Früh-tour nach Kretschitz. Abfahrt früh 6 Uhr. Treffpunkt: Kleinberg.
 Sonntag, den 17. Juli: Nachmittags-tour nach Wilschütz. Abfahrt nachmitt. 3 Uhr. Treffpunkt: Kleinberg.
 Sonntag, den 24. Juli: Früh-tour. Abfahrt mittags 1 Uhr von den Abstellplätzen.
 Sonntag, den 31. Juli: Nachmittags-tour nach Margareth. Abf. nachm. 2 Uhr. Treffpunkt: Kleinberg.
 NB. Sonntag, den 3. Juli, von 9 bis 12 Uhr vermittels Wahl von 6 Delegierten zum Vorstand.
 I. Abt.: Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.
 II. Abt.: Kränzel Restaurant, Reichenstr. 65.
 III. Abt.: Hoffmanns Restaurant, Elisenstr. 2.
 IV. Abt.: Freyer Restaurant, Marktstr. 140.
 V. Abt.: Legitimiert.
 Der Vorstand.

Damen-Konfektion
 Tüchtige Näherinnen in und außer dem Hause m. d. j. bei Opitz, Rheing. 10.
 Den Damen und Gewerkschaftlern zur gefl. Kenntnis, daß sich mein Atelier und Geschäft **Jetzt Aisen-Strasse 50** befindet. Saubere u. prompte Bedienung.
 3278 **Oswald Mekras.**
Anzüge, gute Stoffe
 neu und getragen von 18 Mark an.
Reihamt Altbückerstr. 17.
Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe
Echt Reutlinger
 Maschinen-Ärmel, Jacken und Hosen billigst bei
Wilhelm Knauerhase
 Kapferschmiedestr. 17
 Verzeiger 5% Rabatt.
Eduard Bernstein:
 Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens.
 Preis 20 Pfg.
 Buchhandlung Volkswacht.

Jahnen
 Reinsack, Genuß, Beerdigung, 4929
 Schenkerstr.
Das Eleganteste
 in Anzügen von 9 RM. an.
 Kapf. Str. 18. 3301
Anzugfabrik Waldstr. 17, I.

Schauspielhaus
 Gastspiele
Marla Mayer.
 1. Juli, 8 Uhr
„Die Gioconda“.
 2. und 5. Juli, 8 Uhr:
„Monna Vanna“.
 3. Juli, 8 Uhr:
„Die rote Robe“.

Sommer-Theater
 (Lieblichs Etablissement).
Taifun.
 Japanisch. Sensations-Schauspiel in 4 Akten von Meichlor Lengyel.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Garten: Grosses Konzert.

Viktorla-Theater
 Täglich:
„Breslau! was sagst Du nu!“
 Revue in 8 Bildern mit
Henry Bender.
 Anfang 8 Uhr.
 Preise wie gewöhnlich.

Zeltgarten
 Dir. H. Krause.
Sünder-Vorstellung
 im
Garten.
 Entree
10 Pfg.

Palmengarten.
 Dir. H. Krause.
 Innen dazu abgetrennter
Garten
Frei-Konzert.

Scala
Sommer-Theater
 Nikolaistrasse 27.
Heute Freitag,
 abends 8 1/2 Uhr:
Première
Ausgewiesen.
 Soziales Drama aus den achtziger Jahren, in 4 Aufzügen von Kar! Böttcher.
12 Jahre
 verboten gewesen.
 Auf Befehl Sr. Maj. Kaiser Wilhelm II. freigegeben.

M. Mosberg's
Arbeitergarderoben
 mit der Schutzmarke sind unerreicht!

 Alleinige Niederlage bei
V. Liepelt,
 Rühcherstrasse 21.

Möbel
 zu billigen Preisen unter jeder Garantie.
Carl Scholz
 Ring 5, I. Etage.
 Begründet 1882. 8053

Infolge eines ausserordentlich günstigen Einkaufs in einer der grössten Fabriken Deutschlands bin ich in der Lage, einen hochelegant ausgeführten
Anzug nach Mass
 in hochmodernen Mustern und aparten Farben zu dem beispiellos billigen Preise von
Mk. 47,50 netto
 für jede Grösse bis 120 cm Brustumfang zu liefern.
 Für tadellose Passform garantiere ich.
S. Guttentag
 Modehaus eleganter Bekleidung für Herren und Knaben
 Breslau, Altbückerstrasse 5, I., II. u. III. Et.

Total-Ausverkauf
 wegen vollständiger Aufgabe meines seit 20 Jahren bestehenden Geschäfts. Um mein Lager möglichst schnell zu räumen, habe ich meine Waren ohne Rücksicht auf die bisherigen Preise teilweise bis zur Hälfte des früheren Wertes herabgesetzt.
 1 Posten
Mousseline- u. Waschblusen
 früher bis 3.50, jetzt nur 1.50
Seidene Blusen, Tüll- und Spitzenblusen, elegant gearbeitet
 Früher bis 10.50 12.50 8.50
 jetzt **8.50 6.50 4.50**
Kostümröcke früh. bis 8.50 jetzt 5.50 u. **3.50**
 in verschiedenen modernen Fassons, 30 Pl.
 früher bis 1.50, jetzt zum Aussuch. 50 u.
Kinderstrümpfe von 20 Pl. an
Socken und Strümpfe, glatt und geringelt, enorm billig.
Hausschürzen 50 Pl., Kinderhänger 65 Pl., Russenkittel, Tändelschürzen, Reformschürzen etc. bis 50% unter Preis.
Züchen, Prima Qualitäten, früher 80 Pl., jetzt Meter 40 Pl.
 früher 50 Pl., jetzt Meter **35 Pl.**
Inletts, glatt und gestreift, früher bis 60 Pl., jetzt nur 40 Pl.
Arbeiterhosen, Monteur-Blusen, Stoffhosen, Sweaters etc.
 soweit Vorrat, zu Spottpreisen.
Stickerei-Hemden und Beinkleider, Nachtjacken, Kinder- u. Erstlingswäsche,
 zum Teil leicht angeschmutzt, jetzt bis zur Hälfte des früheren Wertes.
Kleiderstoffe, Waschstoffe, Blusenstoffe, Schürzenstoffe
 zu nie wiederkehrenden herabgesetzten Massen-Räumungspreisen.
Kinderkleidchen, Knaben- und Herren-Anzüge, Tischdecken, Handtücher, Kragen, Chemisettes, Krawatten, Handarbeiten etc.
 Sparsame Hausfrauen dürfen diese Gelegenheit nicht versäumen.
J. Sander Grabschener-Strasse 37.
 8308

Wir empfehlen:
Der dumme Teufel
 Die Katastrophe der Zentrumspolitik.
 Preis 20 Pfg.
 Buchhandlung „Volkswacht“.
Städte-Führer
 mit Stadtplan
 der Miniatur-Bibliothek von
 Berlin | Bremen
 Berlin-Umg. | Dresden
 Breslau | Leipzig
 München | Stettin
 Hamburg | Posen
 à 10 Pfennig
 Buchhandlung Volkswacht.
Die Gleichheit
 (Frauenzeitung.)
 Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Der Prozeß gegen Frau von Schönebeck-Weber.

Alleinstein, den 30. Juni.

Nachdem die Angeklagte am gestrigen Mittwoch völlig zusammengebrochen war, fand heute am 20. Verhandlungstage, der voraussichtlich der letzte sein wird, das Gericht vor der schwebenden Frage, wie weiter zu verfahren sei, um eine beinahe vierwöchentliche Arbeit nicht vergeblich gehabt zu haben. Nachdem der Vorsitzende um 9 Uhr 10 Minuten die Sitzung eröffnet hatte, stellte er fest, daß die Angeklagte nicht erschienen sei. Er teilte darauf mit, daß Frau v. Schönebeck-Weber noch am gestrigen späten Abend in ihre Anstalt erlitten habe, sodas die noch anwesenden medizinischen Sachverständigen geholt werden mußten. Die Verteidiger hätten dann ihn, den Vorsitzenden, am Krankenbett zu erscheinen, um sich persönlich von dem Zustande der Angeklagten zu überzeugen. Er habe sie völlig apathisch gefunden, sie erkannte niemanden. Auch bei einem späteren Besuch hatte sich der Zustand nicht gebessert. Die Angeklagte biß um sich und mußte von zwei Frauen gehalten werden. Hierauf teilte die medizinischen Sachverständigen die Ergebnisse ihrer gestrigen Beobachtungen mit. Ihr Urteil geht übereinstimmend dahin, daß an die Verhandlung heute nicht zu denken ist. Einige neigen zu der Ansicht, daß vielleicht versucht werden könnte, morgen Freitag zu verhandeln. Auf Befragen durch den ersten Staatsanwalt erklärten die Sachverständigen ferner, daß eine Stimulation bei der Angeklagten vollständig ausgeschlossen sei. Der Gerichtshof beschließt, morgen früh 10 Uhr noch einmal den Versuch zu machen, in die Verhandlung einzutreten. Sofort nach Schluß der heutigen Sitzung hatte die Angeklagte zwei neue Ärzte bestellt.

Aus den Gerichtssälen.

Deutsche Justiz.

Folgendes Gerichtsbericht brachte vor einigen Tagen der „Hess. Gen.-Anz.“: „Unter der Auflage des Diebstahls und der Unterschlagung erschien heute vor dem Schöffengericht die Ehefrau Maria H. Sie wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der sie seit etwa vier Wochen ist. Die Ehefrau brachte aus dem Gefängnis ein kleines Kind mit in den Schöffengerichtssaal, das sie mit der Mutter die Haft teilen mußte. Der Anwalt der Frau mit dem Kinde auf dem Arm, das oben rein noch lungenkrank ist, erregte allgemeines Mitleid. Frau H. lebt von ihrem Manne getrennt und sie wurde beschuldigt, als Wutfrau bei einer hiesigen Familie für etwa 400 Mt. Schmuckstücke gestohlen zu haben. Ihr wurde noch ein weiterer Diebstahl und eine Unterschlagung zur Last gelegt. Nach Verlesung der Vorakten wurde die Frau nach Vorbehalt, wo sie mit dem Kinde verhaftet wurde. Das Schöffengericht verurteilte die Frau wegen Diebstahls und Unterschlagung in je einem Falle zu insameramt 5 Wochen Gefängnis und rechnete 2 Wochen auf die Untersuchungshaft an. Die Verurteilung hat das Gericht, den Haftbefehl aufzuheben, damit das Kind etwas an die frische Luft komme. Das Gericht lehnte indessen den Antrag ab, unter der Begründung, daß nicht feststehe, ob die Frau von ihrem Manne aufgenommen werde. Die Frau und das arme kleine Kind mußten daher wieder ins Gefängnis zurück.“

Es ist fast unmöglich, erlaubte Worte zu finden, um diesen unerhörten Fall gebührend zu behandeln. Um einer Lappalie willen, die besonders trüb als Lappalie erscheint, wenn man bedenkt, daß vornehmere Verbrecher, die sich auf Kronheit berufen konnten, von der Justiz förmlich mit Sammethandschuhen angefaßt und trotz drohender Zuchthausstrafe nicht in Haft gehalten wurden, — also um einer Lappalie willen nicht man hier eine Mutter mit ihrem kranken Kinde in das unter Umständen geradezu tödliche Gefängnis! Und noch nachdem sich die ganze Strafe nur noch auf drei Wochen beläuft, schlägt man der Mutter die heftige Bitte ab, sie mit dem kranken Kinde doch nur auf kurze Zeit einmal wieder an die frische Luft zu lassen! Grausamer ist die Justiz kaum im schwärzesten Mittelalter gewesen. Eine schlimmere Tortur, als die einer Mutter, die ihr unschuldiges Kind im Kerker hinhängen sehen muß — konnte auch die barbarische Inquisition nicht erfinden. — Wird eine vernünftige Strafprozessreform derartig furchtbaren grauenvollen Möglichkeiten unserer Justiz endlich einmal einen Riegel vorschieben?

Breslauer Schauspielhaus.

„Die rote Robe“, Schauspiel von Eugene Brieux.
Zweites Gastspiel Maria Mayer.

Schon vor zehn Jahren durften wir Maria Mayer in Liebichs Sommertheater als Bäuerin Parotte bewundern, damals, als sie für Breslau gleich diesem Aufsehen erregenden Stücke neu war. Brieux hatte schon eine ganze Reihe von interessanten Themen angeklagt, in seinem Erstlingswerk „Planche“ kämpfte er gegen die Barbarei der Volksschulen, in dem Drama „Les remplaçants“ eifert er dagegen, daß die Mütter Frankreichs die Erziehung ihrer Kinder von Dienstboten besorgen lassen, anstatt selber in Aktion zu treten. In anderen Staaten — Preußen ist natürlich nicht gemeint — soll das auch vorkommen. In der „Roten Robe“ hat er seine Feder gegen das geistlose, freiberufliche, fast verbrecherische Abwermenssystem der kleinen französischen Provinzrichter und Staatsanwälte eingeleitet. Das ganze Mysterium seiner Schwärze und roten Gerichtsbeamten, deren Sehnsucht unter den Mühen eines pathetischen Gerichtsbedramas nach der roten Robe schilt und im Paroxysmus des Räterenachens jede höhere Gewissenspflicht erstickt, wird uns an einzelnen, verschiedenartig variierten Motiven mit lebendigster Anschaulichkeit vorgeführt. Das ergibt recht drastische Episoden, die um so angereicherter aufzutreten, als sie wieder einmal einer ganzen Klasse in die Augen fallen lassen. In anderen zivilisierten Ländern — von Preußen kann natürlich auch hier keine Rede sein — soll es nicht nur ähnliche Beispiele geben, sondern es soll auch vorkommen, daß diejenigen, welche etwas gegen den Richterstand schreiben, sich eine Anklage wegen Verleumdung ausleihen. In Frankreich ist man in dieser Beziehung noch sehr zurück, denn sonst wäre es nicht denkbar, daß einer der freiesten Epiteler, Courmette, der den Richterstand zum Gelächter des gesamten französischen Publikums gemacht hat, frei umherläuft. — Nach anderer würde Punkte berührt Brieux, so die Weisheit und Rechtspflicht des gerichtlichen Verfahrens, das nur reichen Leuten ermöglicht, sich Recht zu verschaffen; die Willkür der Untersuchungsrichter, die sich nach Belieben unbecuener Zeugen entledigen und aus ihrem Verhörzimmer eine Folterkammer machen; die Unverantwortlichkeit der Richter, die nicht nur den Wohlstand, sondern auch den guten Namen der in Untersuchungshaft Verfallenen zu Grunde richten dürfen, indem sie längst verblühte Verfehlungen in roherer Weise ans Tageslicht gerufen, um ihren Anklagen einen größeren Nachdruck zu verschaffen. „Den Rechts wegen“ sollte dieses Stück in kurzen Abständen als Volks-

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 1. Juli. Gewerbebericht. Der Steinmetzmeister Klug klagt gegen die Firma Rüdiger, Meiler für Grabdenkmäler, hier selbst, auf Heranzahlung von 6 Mt. Restlohn, den sich die Beklagte widerrechtlich zurückgehalten hatte. Letztere machte geltend, daß sie hierzu berechtigt gewesen sei; der Kläger habe, ohne die verabredete Kündigungsfrist inne zu halten, die Arbeit plötzlich verlassen. Der Kläger vertritt sein Verhalten damit, daß die Lohnzahlung eine unregelmäßige gewesen sei. Wiederholt sei es vorgekommen, daß er Sonnabends nur einen Teil seines Lohnes bekommen habe, am vorletzten Lohnstage habe er überhaupt nichts bekommen und am letzten Lohnstage wiederum nur einen Teil des Lohnes. Das Gericht verurteilte die Beklagte entsprechend dem Antrag des Klägers mit der Forderung, daß in diesem Falle die Zurückbehaltung des Lohnes ungesetzlich war; der Kläger war nach § 124 der Gew.-Ordg. berechtigt, die Arbeit ohne Innehaltung der Kündigungsfrist zu verlassen.

Selbstmord. Ein Bauer aufgefunden wurde am Dienstag ein Alterer des hiesigen Ständes angehöriger Mann oberhalb der Weichselhöhe. Die Leiche befand sich in halb sitzender Stellung und war völlig erstarrt. Wie wir hören, ist dieselbe von seinen Angehörigen aus Schweidnitz abgeholt worden.

Schweidnitz, 1. Juli. Ein schwerer Unfallsfall ereignete sich in der vorigen Nacht auf der Eisenbahnstrecke Schweidnitz-Reichenbach. Als der gegen Mitternacht von Schweidnitz in Reichenbach eintreffende Personenzug die Haltestelle Greifau passierte, bemerkte der Lokomotivführer auf freier Strecke einen schwarzen Gegenstand, der sich vor dem Zuge bewegte, aber völlig verschwand. Bei dem Werthalt des Hagens auf Bahnhof Reichenbach wurden an der Lokomotive hastende Kleiderstücke bemerkt und bei der daraufhin sofort angeordneten Abfischung der Strecke wurde der auf der Haltestelle Greifau bedienstete Bahnleistungskaffier Baum neben den Gleisen liegend stark blutend und besinnungslos aufgefunden. Er hatte schwere Verletzungen am Kopf und an einer Körperseite erlitten und wurde mit dem nächsten Güterzuge nach Schweidnitz überführt.

Olgau, 1. Juli. Ein dritter Kupplerprozeß in den Kreisen hiesiger Gattungsangehörigen hat in der heutigen Strafkammer sein Ende gefunden. Vor kurzem fand die Gattungsangehörige Engel vom Dorf bei Olgau, heute die jugendliche Tochter der Restaurateurin Gauer von der Altstadt. Bezeichnenderweise ist nur der Umstand, daß immer dieselben Herren vorzuladen werden. Diese scheinen am hiesigen Orte weitverzweigte Liebesgeschäfte abzuwickeln zu haben. Die Angeklagte erhielt heute 1 Tag Gefängnis und hundert Mark Geldstrafe. Nur ihre Jugend wurde bei Bemessung des Urteils angerechnet, sonst wäre die Strafe rechtlicher ausgefallen. Sollen nicht noch einige solche Prozesse spinnen? Alles kann doch noch nicht erledigt sein, da es doch erst drei von den „vielen“ Fällen sind.

Brieg, 1. Juli. Töblicher Inzestfall. In Birnburg, Kreis Brieg, wurde eine junge Frau bei der Feldarbeit von einer Hornisse in den Fuß gestochen. Sie legte der Verwundung keine Bedeutung bei, nach einigen Tagen aber traten Kennzeichen von Blutvergiftung ein, an der die Frau gestorben ist.

Bromberg, 1. Juli. Beigelegte Differenzen. Durch die Einmütigkeit der Feilenhauer bei der Firma Granos mußte sich dieselbe zur Anerkennung des geschäftlichen Arbeitstages bei Fortzahlung des gleichen Lohnes wie bisher bei elf Stunden bequemen. Noch am Sonnabend drohte der Inhaber mit Schließung des Betriebes, was jedoch die Feilenhauer nicht beirren konnte, da dieselben fast sämtlich dem Metallarbeiterverband angehören.

Lohnbewegung der Glaser. Nach zweitägigem Streit haben die Glaser ihre Lohnbewegung beendet und einen Tarif abgeschlossen. Nur eine Firma mit zwei Gefellen weigert sich, den Tarif anzuerkennen.

Bromberg, 25. Juni. Ein Opfer der Dike scheint der Schreiber des Artikels „Der sozialistische Zukunftskampf in der Praxis oder die Gemerktschaftskasse als Wächter für alles“ in der „Rundschau“ geworden zu sein. Nach dem Bericht sollen einige Genossen bei unserem Wirt Szupentowski einen ganzen Zentner Wurst gestohlen haben. Auch sonst bereits ein Abkommen getroffen sein, wonach die Wurst dem Wirt erst zu werden, und die Sache damit erledigt sei. Der Mensch, der diesen Unflut verdrachten hat, kam einem leid im. Tatsache ist nur, daß einige Bauarbeiter ein paar Pfund Wurst dem Wirt gestohlen haben. Nicht mal von zehn Pfund kann die Rede sein, geschweige denn von einem Zentner. Der Schreiber scheint noch

so lung zu sein, daß er jedenfalls seine Achtung vom alten Zentnergehalt hat. Und nun das Beste, was den Schreiber dem weissen Kerger bereitet, nämlich daß die sozialistische Gemerktschaftskasse die gestohlene Wurst bezahle. Und die Dike, der Bestohlene und der Vorstand der betreffenden Gemerktschaft, in diesem Falle letzterer gleich dem Fehler, sie alle verpflichten sich gegenseitig, Stillzuschweigen zu bewahren. Sie erzählen seinen Menschen etwas, nur die „Rundschau“ hat die Züchtbörner ausgedrückt und meint, das Geheimnis aller Welt mitteilen zu müssen. Um diesen blumigen Schwank nicht unüberprüfbar zu lassen, sei hier folgendes bemerkt: Der Vorstand der betreffenden Gemerktschaft lobndet danach, um alle Teilnehmer dieses Komplotts ausfindig zu machen, um sie entsprechend zur Rechenschaft zu ziehen, gegebenenfalls aus der Organisation auszuschließen. Von einer Verurteilung kann dabei gar keine Rede sein, da die Sache bereits die Staatsanwaltschaft beschäftigt. Und für so dumme darf man wohl den Vorstand und den Wirt nicht halten, daß sie sich verpflichten würden, eine öffentliche Tatsache, die sogar den Nachbarn bekannt ist, zu verschweigen. Die betreffenden Bauarbeiter, soweit sie ermittelt sind, gehören der sozialdemokratischen Partei nicht an. Und nun die menschliche Seite der Sache. Sind es denn nicht die Opfer jener brutalen Ausbeutungswut gewesen, die wochenlang schlichtlich keine Wurst mehr gegessen hatten, die der Hunger zu der Tat trieb? In dem ganzen Artikel der Rundschau liegt so recht, wenn auch indirekt, eine schwere Anklage gegen die kapitalistische Wirtschaftsbauung.

Hohensalza, 1. Juli. Großfeuer. In der Nacht zum Mittwoch brach auf dem Grundstücke des Fleischermeisters Kämpel in der Kastellstrasse, wahrscheinlich infolge von Brandstiftung Feuer aus, das sämtliche Hintergebäude des Grundstückes vollständig einäscherte. Dem Kaufmann Walzer verbrannte ein Pferd, ein Wagen und Warenvorräte, dem Fleischermeister Kämpel zwei Kuttchswagen und die Fleischerwagen; dem Kaufmann Kojowicz wurden durch Feuer und Wasserschaden Warenvorräte beschädigt; dem Malemeister Mobjezewski verbrannte, der „Pol. Bz.“ zufolge, große Vorräte von Tapeten, Farben und Malehandwerkzeugen.

Schulante, 30. Juni. Eine öffentliche Volksversammlung tagte am 29. Juni im Saale des Herrn Cemraus-Geselle Levis-Bromberg referierte über: „Die Kronnotation und der Lohnkampf der Arbeiter“. Der Redner zog Vergleiche mit der Lohnbewegung Wilhelm II. und denen der hiesigen Drechsler und Mundpolierer und führte den Verfallenen vor Augen, wie schwer es dem Arbeiter gemacht wird, wenn er sich ein paar Pfennige Lohnzulage erkämpfen muß. Wie bringen notwendig es ist, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Lebenshaltung zu verbessern, geht daraus hervor, daß in der letzten Zeit 2 Prozent der Arbeiter von Schulante die Ungehelligkeit aufsuchen müssen, um der Familie noch einige Heil als Ernährer erhalten zu bleiben. Wie leicht was dagegen die Lohnbewegung der Krone, die mit einer 1/2 Millionen Zulage endete. Nicht eine einzige Partei, außer der Sozialdemokratie hat es gewagt, gegen eine solche gewaltige Forderung zu protestieren. Zum Schluß wies der Redner noch darauf hin, daß es dringend notwendig ist, daß sich alle Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei anschließen. Das muß die Antwort sein für alle die Ausbeutungen, die sich die Junker den Arbeitern gegenüber geleistet haben. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
W. Kuffenstr. Unser Landtags-Abgeordneter Genosse Liebert ist nicht Reserve-Offizier und wird es nicht werden.
Zweifelfrage. Der höchste Punkt in Schlesien ist die Schneekoppe, der höchste gelegene Ort das Dorf Bilsberg im Riesengebirge.

R. S. E. 1001. Der junge Mann soll das Gesuch an die Landesversicherungsanstalt Schlesien in Breslau XII, Obfischenplatz Nr. 8, richten.

71-jährige. Es bleibt Ihnen leider nichts anderes übrig, als sich an die städtische Armen-Verwaltung, Ritterplatz, zu wenden.

J. S., Niklasdorf. Die Hälfte der Beiträge wird nur dann zurückgezahlt, wenn mindestens 20 Markten gefleht wurden; der Mann kann also, da er seit 1 1/2 Jahren lebt, nichts bekommen.

Käntien. Wenn Ausländer, die eine Unfallsrente erhalten, in ihre Heimat zurückkehren, wird ihnen die Rente nur dann weiter gezahlt, sofern sie sich in bestimmten Grenzgebieten aufhalten; sonst ruht die Rente. Solche Unfallsrenten können aber auf ihren Antrag mit dem dreifachen Beitrage der Jahrentente abgefunden werden.

glaubt, die lächerliche Vermutung auszusprechen, daß jenseits noch andere Arbeiter von ähnlicher Ausbildung vorhanden sein könnten. Diese Vorstellung ist auch insofern falsch, als einem Weltall doch keine Grenze gesetzt werden kann. Jedenfalls dürfte die Milchstraße ein für allemal die letzte sichtbare Schwelle bleiben, bis zu der das menschliche Auge mit den schärfsten Hilfsmitteln vorzubringen vermag. Ueber die Eigenschaften und den Aufbau der Milchstraße sind mehrere Theorien aufgestellt worden, die jetzt Dr. Carl Doblin in den Verhandlungen der schwedischen Akademie der Wissenschaft um eine neue vermehrt hat. Er ging aus von einem Bezirk, die Verteilung der verschiedenen Arten von Sternensystemen begann. Nach Betrachtung einer sehr großen Zahl dieser Gebilde kam er auf den Schluß, daß sie ein System zusammenfassen, das im Zentrum der Milchstraße gelegen ist. Nur so glaubt der Forscher die Tatsache erklären zu können, daß diese Sternhaufen sich auf einer Seite der Milchstraßenkreise zusammenfinden. Die sogenannten planetarischen Nebel bestehen nach der Auffassung von Dr. Doblin in vollständig aus einer leuchtenden Hülle, die in Drehung befindlich und mit einer äußeren dünnen Materie erfüllt ist. Diese Hüllen brechen zuerst an den Polen zusammen und bilden dann die merkwürdige Gestalt der Ringnebel mit ihren Ringen. Auf Grund dieser Anschauung erklärt er auch die Milchstraße als einen solchen planetarischen Nebel von riesiger Ausdehnung, der jetzt bereits die Form eines Ringnebels annehmen hat, während jenes System von Sternhaufen den Kern bildet. Die Spiralnebel in der Nähe der Pole teilen Teile der zerbrochenen Hülle, die Milchstraße selbst der äquatoriale Ring.

Literatur.

Das Flugproblem interessiert jetzt alle Welt. Seine Lösung bedeutet eine durchgreifende Kulturumwälzung. Gerade jetzt, wo der Streit um Kappellin geht, war es von der Zeitschrift „Die Luftschiffahrt“ ein guter Gedanke, einmal eine Reihe der hervorragenden Abwärtler über ihre Ziele, Absichten und Systeme sprechen zu lassen. In dem interessantesten Heft spricht Major von Parzewski über seinen Ballon, Hauptmann A. Silberbrandt über die militärische Verwendbarkeit der Flugmaschinen, Ostarr Erbsitz über Höhenfliegen im Freiflug, Hans Grabe über seine Flugversuche. Der bekannte Rechtsanwalt Dr. F. Werthauer macht wertvolle Vorschläge zum Patentrecht, das ja bald festgelegt werden muß. Und in einem anderen Heft wird die Meinung Hoppelins über das neue und unklare System und über die Sicherheit seiner Luftballons mitgeteilt. Eingehende Literaturangaben zum Flugproblem und allerlei Diskussionen sind beschließen das Heft, das bei Eckardt & Co. in Berlin, N. O. 13, erschienen ist und nur 50 Bf. kostet.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Geschichte der Milchstraße. Das Studium der Milchstraße führt den Astronomen in die weitesten Fernen, die seiner Beobachtung zugänglich sind. Nur der Gedanke kann noch weiter hinausschweifen, und er hat es auch getan. Wenn man nämlich die Milchstraße als die Grenze des Weltalls von Sternensystemen erklärt hat, das unser Firmament umfaßt, so haben sich manche Forscher nicht

Gottesberg.

Geht's übernahme.

Dem werten Publikum von Gottesberg und Umgegend die ergebene Mitteilung...

Richard Hüppauf, Brot-, Weiß- und Feinbäcker.

Gottesberg.

Gelegenheits-Käufe

In guten, neuen und gebrauchten Möbeln...



Paul Hauschild jr., Eisenwarenhandlung, Nr. 102, Friedrich-Wilhelmstrasse Nr. 102.

Brieg

Arbeiter-Konfektion, Neumann, W., Repleth. 1. Die. Mittel.

Geschiedt 3 mal wöchentl.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Kolonial- und Gemischtwaren, Bergmann, Ernst, Chaussee 27a.

Freiburg

Bäckereien und Konditoreien, Grottel, Karl, Dillstr. 67.

Jauer

Selbst, Parfümerien, Dillinger, Adolf, Goldbergerstr. 26.

Ohlau

Herrn-Garderobe, Kleiderbazar, 'Wüst auf', Gartenstr. 6.

Peisterwitz

Bäckereien u. Konditoreien, Diekmann, W., Markt 19.

Schmiedeberg

Wäsche, Trikots, Herrensartikol, Grammel, C., Gasse 2.

Strehlen

Putz, Wäsche, Wollwaren, Dinter, H., Schützenstr. 14.

Schrabec, E.

Mittel, Mützen, Polswaren, Grottel, Karl, Dillstr. 67.

Liegnitz

Abzahlungs-Geschäfte, Born, Carl, Markt, Hauptstr. 28, 1.

Schmiedeberg

Gemischte Waren, Berger, W., Markt, Dillstr. 14.

Striegau

Eisenwaren, Küchengeräte, Scholz, Carl, Simhastr. 14.

Waldenburger Industriegebiet

Abzahlungs-Geschäfte, Grigler, C., Friedländerstr. 18.

Automaten-Restaurant

Bäckereien u. Konditoreien, Diekmann, W., Markt 19.

Bunzlau

Fahrräder, Peter, Paul, Dillstr. 42.

Goldberg

Bier-Brauereien, Neumann, Oswald, Dillstr. 67.

Striegau

Eisenwaren, Küchengeräte, Scholz, Carl, Simhastr. 14.

Waldenburger Industriegebiet

Abzahlungs-Geschäfte, Grigler, C., Friedländerstr. 18.

Automaten-Restaurant

Bäckereien u. Konditoreien, Diekmann, W., Markt 19.

Waldenburger Industriegebiet

Abzahlungs-Geschäfte, Grigler, C., Friedländerstr. 18.

Haynau

Fahrräder, Nähmaschinen, Braunlich, Heinrich, Ring 86.

Hirschberg

Bau- und Möbellecherei, Ehrenberg, René, Bergmannstr. 8.

Waldenburger Industriegebiet

Abzahlungs-Geschäfte, Grigler, C., Friedländerstr. 18.

Automaten-Restaurant

Bäckereien u. Konditoreien, Diekmann, W., Markt 19.

Waldenburger Industriegebiet

Abzahlungs-Geschäfte, Grigler, C., Friedländerstr. 18.

Automaten-Restaurant

Bäckereien u. Konditoreien, Diekmann, W., Markt 19.

Keinze, Bruno

Herrn- u. Damen-Konfektion, Kerst, H., Markt 10.

Hirschberg

Bau- und Möbellecherei, Ehrenberg, René, Bergmannstr. 8.

Waldenburger Industriegebiet

Abzahlungs-Geschäfte, Grigler, C., Friedländerstr. 18.

Automaten-Restaurant

Bäckereien u. Konditoreien, Diekmann, W., Markt 19.

Waldenburger Industriegebiet

Abzahlungs-Geschäfte, Grigler, C., Friedländerstr. 18.

Automaten-Restaurant

Bäckereien u. Konditoreien, Diekmann, W., Markt 19.

Dtsch-Lissa, Stabelwitz

Brauereien und Restauratoren, Grottel, Karl, Dillstr. 67.

Hirschberg

Bau- und Möbellecherei, Ehrenberg, René, Bergmannstr. 8.

Waldenburger Industriegebiet

Abzahlungs-Geschäfte, Grigler, C., Friedländerstr. 18.

Automaten-Restaurant

Bäckereien u. Konditoreien, Diekmann, W., Markt 19.

Waldenburger Industriegebiet

Abzahlungs-Geschäfte, Grigler, C., Friedländerstr. 18.

Automaten-Restaurant

Bäckereien u. Konditoreien, Diekmann, W., Markt 19.